

Sonderdruck aus:

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Hans-Uwe Bach, Christian Brinkmann, Angelika Ernst,
Peter Hürner, Hans Kohler, Jürgen Kühl, Lutz Reyher,
Rudolf Riefers

Zur voraussichtlichen Entwicklung des Arbeitsmarktes
in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1973

6. Jg./1973

1

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

Hinweise für Autorinnen und Autoren

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D.
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104
zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf. Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: ursula.wagner@iab.de).

Herausgeber

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

Begründer und frühere Mitherausgeber

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin, Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

Redaktion

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: ulrike.kress@iab.de; (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: gerd.peters@iab.de; (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: ursula.wagner@iab.de; Telefax (09 11) 1 79 59 99.

Rechte

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Herstellung

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

Verlag

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: waltraud.metzger@kohlhammer.de, Postscheckkonto Stuttgart 163 30.
Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309.
ISSN 0340-3254

Bezugsbedingungen

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten; Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

Zitierweise:

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Internet: <http://www.iab.de>

Zur voraussichtlichen Entwicklung des Arbeitsmarktes in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1973*)

Autorengemeinschaft**)

Eine ernsthafte rezessive Beeinträchtigung der Vollbeschäftigung konnte 1972 verhindert werden. Der Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen (-0,8 %) und des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumens (-1,7 %) sowie der Anstieg der Arbeitslosigkeit (+ 33 %) hielten sich in relativ engen Grenzen.

Der konjunkturelle Wiederaufschwung wird sich im Jahre 1973 verstärkt fortsetzen. Obwohl einige Produktionszweige von den eingetretenen Veränderungen im Weltwährungsgefüge nicht unberührt bleiben dürften, kann davon ausgegangen werden, daß das reale Inlandsprodukt in der Bundesrepublik Deutschland 1973 — getragen vor allem von der insgesamt doch sehr kräftigen Expansion der Auslandsnachfrage und der zunehmenden Investitionsbereitschaft im Inland — gegenüber 1972 um 5% zunehmen wird. Bei einem gleichzeitigen Anstieg der „Produktivität“ (reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen) um rund 4½ % errechnet sich somit ein Mehrbedarf von rund 150 000 Erwerbstätigen (+ ½ %).

Das inländische Erwerbspersonenpotential nimmt auch 1973 weiterhin ab: Negative demographische Komponente, leicht rückläufige Erwerbsbeteiligung und die Einführung der flexiblen Altersgrenze führen im Jahresdurchschnitt zu einer Verringerung des Potentials um rund 230000 Personen. Die Ausdehnung der Beschäftigung bei gleichzeitigem Potentialrückgang führt bei den wichtigsten Aggregaten der Arbeitsmarktbilanz voraussichtlich zu folgenden Veränderungen: die Zahl der registrierten Arbeitslosen geht (von 246000 Personen im Jahresdurchschnitt 1972) auf rund 180000 Personen zurück, die „Stille Reserve“ wird (von 224000 Personen im Vorjahr) auf 60000 Personen im Jahresdurchschnitt 1973 abgebaut und die Zahl ausländischer Arbeitnehmer steigt auf 2,45 Mio. Personen im Jahresdurchschnitt 1973 (Vorjahr: 2,28 Mio.). Das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen wird in diesem Jahr um rund 1 % größer sein als im vergangenen, der in den letzten 2 Jahren eingetretene konjunkturell bedingte Rückgang der individuellen Jahresarbeitszeit wird also wieder aufgeholt. Zum Jahresende hin wird das angebotene inländische Arbeitsvolumen wieder so ausgeschöpft werden können, wie dies auch in früheren Jahren guter Konjunktur der Fall war.

1971 waren 19,3 % der erwerbstätigen Frauen teilzeitbeschäftigt, wobei sich seit einigen Jahren jährlich eine Zunahme um etwa einen Prozentpunkt ergibt. Dieser Trend wird — vor allem wegen der starken Konzentration der Teilzeitbeschäftigten auf die weniger konjunkturabhängigen Dienstleistungsbereiche — nur geringfügig durch Konjunkturschwankungen überlagert. Bei weiterhin starkem Interesse von Frauen an einer Teilzeitbeschäftigung hängt die weitere Zunahme vor allem davon ab, ob ein quantitativ und qualitativ ausreichendes Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen zur Verfügung gestellt wird.

Der für das Bundesgebiet insgesamt prognostizierte Beschäftigungsanstieg im Jahr 1973 wird mit unterschiedlicher Intensität in allen Bundesländern zu verzeichnen sein. Lediglich in Berlin (West) wird auch 1973 das Vorjahresniveau der Beschäftigung noch unterschritten. Am stärksten nimmt die Zahl der Erwerbstätigen in Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Nordbayern zu. Die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer wird in allen Regionen ansteigen, die Arbeitslosigkeit überall zurückgehen.

Die Regionalprognose enthält erstmals eine Vorausschätzung der Beschäftigung in der Industrie insgesamt und in fünf Industriebauptgruppen.

Gliederung

1. Vollbeschäftigung nicht mehr bedroht.
2. Rückblick auf das Jahr 1972
3. Strukturelle Aspekte der Arbeitsmarktentwicklung
 - 3.1 Zur Entwicklung der Beschäftigung in der Industrie
 - 3.2 Zur Teilzeitarbeit von Frauen
4. Zur Entwicklung des Arbeitsmarktes im Jahre 1973
 - 4.1 Das Angebot an Arbeitskräften
 - 4.2 Die Arbeitskräftenachfrage
 - 4.3 Die Arbeitskräftebilanz
 - 4.4 Arbeitsvolumen und Auslastungsgrad
 - 4.5 Kontensystem zur Erwerbstätigkeit
5. Zur Arbeitsmarktentwicklung 1973 in den Bundesländern und Landesarbeitsamtsbezirken
 - 5.1 Datenlage und Methode der regionalen Arbeitsmarktprognose
 - 5.2 Regionale Arbeitsmarktentwicklung

1. Vollbeschäftigung nicht mehr bedroht

Vor gut einem Jahr war eine ernsthafte rezessive Beeinträchtigung der Vollbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland für 1972 nicht völlig auszuschließen. Sie blieb aus: Gefördert durch eine gemäßigte antizyklische Expansionspolitik, begünstigt durch Sonderfaktoren (milde Witterung, arbeitskampfbedingte Nachholeffekte) und mitgetragen von einer doch rascheren, vor Jahresfrist allgemein etwas unterschätzten Exportentwicklung stieg die Produktion von Gütern und Diensten in der Bundesrepublik Deutschland (in realen Größen) insgesamt um fast 3%. Der Rückgang des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumens hielt sich dementsprechend in relativ engen Grenzen (— 1,7 %).

Der Wiederaufschwung, der im Herbst 1972 begonnen hat, setzt sich in diesem Jahre mit Sicherheit verstärkt fort. Allerdings ist gegenwärtig schwer abzuschätzen, wie rasch und anhaltend der Nachfragesog des Auslands zunimmt und in welchem Umfang von

*) Redaktionsschluß: 20. 3. 1973.

**) Hans-Uwe Bach, Christian Brinkmann, Angelika Ernst, Peter Hüner, Hans Kohler, Jürgen Kühl, Lutz Reyher, Rudolf Riefers.

daher Akzeleratoreffekte auf die inländische Investitionstätigkeit ausgehen werden. Einerseits zeigen die Auslandsaufträge in der jüngsten Vergangenheit eine sehr kräftige Aufwärtsentwicklung. Andererseits ist zur Zeit noch nicht voll zu übersehen, welche Auswirkungen von den neuerlichen Veränderungen im internationalen Währungsgefüge auf das Exportvolumen der Bundesrepublik Deutschland ausgehen werden. Nach neuesten Schätzungen ergibt sich durch die seit Beginn dieses Jahres erfolgten Paritätsänderungen bei verschiedenen Währungen (einschl. mutmaßlichem Aufwertungseffekt des gegenwärtigen Floatens in Westeuropa) ein De-facto-Aufwertungseffekt für die DM von etwa 7 %¹⁾. Diese Rate dürfte angesichts der allgemein erwarteten starken Aufwärtsentwicklung der Auslandsaufträge bei der Industrie *insgesamt* — je nach Industriestruktur, Exportquote und regionaler Absatzstruktur wird dieser Effekt regional freilich mehr oder weniger stark zu Buche schlagen — keine ernsthaften Auswirkungen auf Produktion und Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland ausüben.

Die nachfolgende Arbeitsmarktprognose geht von der Annahme aus, daß das Bruttosozialprodukt 1973 real um 5 % größer sein wird als im Vorjahr. Diese Rate wird unserer Einschätzung nach eher über- als unterschritten werden.

Wenngleich kaum davon ausgegangen werden darf, daß das zyklische Auf und Ab der Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage künftig ausbleiben wird, so besteht doch hinreichend Grund zu der Annahme, daß die konjunkturellen Ausschläge auf dem Arbeitsmarkt in Zukunft geringer sein werden. Einerseits ist die Zielsetzung der Bundesregierung klar: Die Sicherheit der Arbeitsplätze genießt grundsätzlich Vorrang. Außerdem ist Unterbeschäftigung auch kein wirksames Mittel gegen Preissteigerungen, wie sich im In- und Ausland immer deutlicher zeigt. Andererseits kann wohl erwartet werden, daß die Erfahrung mit der im ganzen doch gelungenen Verstetigung des Wachstumsprozesses im Jahre 1972 zumindest tendenziell in künftige Erwartungen und Dispositionen inländischer Investoren eingehen und damit anhaltend zu einer größeren Kontinuität im Wirtschaftsablauf beitragen wird.

Freilich ist nicht ganz auszuschließen, daß sich der gegenwärtige, fast uneingeschränkte Gleichlauf in der Konjunkturentwicklung der westlichen Industrieländer²⁾ bis in kontraktive Phasen hinein fortsetzt und die Bundesrepublik Deutschland mit ihrer starken außenwirtschaftlichen Verflechtung sich einem derartigen Prozeß des allgemeinen internationalen Nachfragerückganges möglicherweise nicht entziehen könnte.

Dementsprechend dürfen die Bemühungen, die Entwicklung der wichtigsten Arbeitsmarktaggregate im Systemzusammenhang vorauszuschätzen und damit rechtzeitig auf eine mögliche Bedrohung der Vollbe-

schäftigung aufmerksam zu machen — dies war der bisherige Schwerpunkt der kurzfristigen Arbeitsmarktforschung im IAB —, nicht nachlassen. Je anhaltender aber das globale Vollbeschäftigungsziel erfüllt bleibt, desto mehr muß auch kurzfristige Arbeitsmarktforschung sich darauf konzentrieren, dem Auftrag des Gesetzgebers folgend, Orientierungshilfen dafür zu erarbeiten, daß „die Beschäftigtenstruktur ständig verbessert und damit das Wachstum der Wirtschaft gefördert wird“ (AFG § 1). Im Vordergrund stehen dabei strukturelle Probleme, die mit der Beschäftigung bestimmter Personengruppen (z. B. Frauen, ältere Arbeitnehmer, Ausländer, Arbeitslose) auftreten, ferner arbeitsmarktbezogene Verhaltensweisen und deren ökonomische und soziale Bestimmungsgrößen (z. B. Arbeitszeit, Einkommen, betriebliche Beschäftigungspolitik). Die Möglichkeiten einer Verbesserung der sektoralen und regionalen Beschäftigtenstruktur kommen als weitere Fragestellungen hinzu.

2. Rückblick auf das Jahr 1972

Ein Vergleich der im vergangenen Sommer vom IAB vorausgeschätzten Arbeitsmarktdaten für das Jahr 1972³⁾ mit der tatsächlichen Entwicklung laut amtlicher Statistik ist nur mit Einschränkungen möglich. Der Grund dafür ist die in der Zwischenzeit erfolgte Revision der Zeitreihen zur Wohnbevölkerung durch das Statistische Bundesamt sowie die vorläufige Korrektur der Zeitreihen zur Erwerbstätigkeit durch das IAB. Die Revision wurde notwendig, weil die Volks- und Berufs- sowie die Arbeitsstättenzählung 1970 gezeigt hatten, daß die seit 1961 fortgeschriebene Statistik der Wohnbevölkerung und Erwerbstätigkeit stark überhöht war⁴⁾. Da dies schon im Sommer feststand, verzichtete das IAB seinerzeit auf die Darstellung der effektiven Zahlen zur Erwerbstätigkeit und wies nur die absoluten und relativen Veränderungen aus. Der Prognose-Ist-Vergleich kann sich nur auf diese Veränderungen beziehen, wobei Abweichungen zwischen Prognose- und Ist-Werten teilweise auch von den geänderten Basiszahlen herrühren können. Selbst unter Einschluß dieses möglichen Fehlers zeigt sich, daß die Arbeitsmarktentwicklung im Jahre 1972 vom IAB relativ gut vorausgeschätzt worden ist. Allerdings wurde durchgängig die Entwicklung im zweiten Halbjahr — und damit auch im gesamten Jahr — etwas zu optimistisch gesehen, da sich die Prognose zu sehr an der durch Sondereinflüsse begünstigten Entwicklung im ersten Halbjahr 1972 orientierte. Die Auslastung des inländischen Arbeitskräftepotentials war noch etwas schwächer, als hier im Sommer angenommen worden war.

Im einzelnen zeigt der Vergleich (vgl. dazu die Übersicht 1):

- Der tatsächliche Rückgang des inländischen Arbeitskräftepotentials mit 188000 Personen oder — 0,8 % wurde nahezu korrekt vorausgeschätzt (Prognose: — 0,7 % oder 179000 Personen).
- Der Rückgang bei den Erwerbstätigen insgesamt wurde um rund 70000 Personen unterschätzt. In der Prognose war nur eine Abnahme gegenüber dem Vorjahr um rund 130000 Personen (-0,5 %) angenommen worden. Tatsächlich dürften es jedoch nach vorläufigen Berechnungen etwa 200 000 Personen (— 0,8 %) gewesen sein.

¹⁾ Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht 12/73, S. 103.

²⁾ Abgesehen von Japan und den USA — dort wird ein noch stärkeres Wirtschaftswachstum erwartet — wird gegenwärtig für 1973 in allen Industrieländern der westlichen Welt mit einem realen Sozialproduktwachstum zwischen 4 und 6 % gerechnet.

³⁾ Jürgen Kühl, Lutz Reyher, Rudolf Riefers: Zur Entwicklung des Arbeitsmarktes in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1972, in: MittAB Heft 2/1972.

⁴⁾ Weil die Revisionsarbeiten noch nicht abgeschlossen sind, muß in dieser Untersuchung auf die Darstellung der Entwicklung von 1960 bis 1970 verzichtet werden. Auch die für die Zeit danach ausgewiesenen Daten zur Erwerbstätigkeit haben zum Teil noch vorläufigen Charakter.

Übersicht 1
Prognose-Ist-Vergleich für das Jahr 1972

Merkmal	Veränderung gegenüber dem Vorjahr			
	in Tausend		in %	
	Prognose	Ist ¹⁾	Prognose	Ist ¹⁾
1. Inländische Erwerbspersonen (Potential)	- 179	- 188	- 0,7	- 0,8
2. Erwerbstätige insgesamt	- 128	- 200	- 0,5	- 0,8
darunter:				
Beschäftigte Arbeitnehmer insgesamt	+ 32	- 66	+ 0,1	- 0,3
3. Inländische Erwerbstätige	- 299	- 356	- 1,2	- 1,5
davon:				
Beschäftigte Arbeitnehmer	- 139	- 222	- 0,6	- 1,1
Selbständige und mithelfende Familienangehörige	- 160	- 134	- 3,5	- 3,3
4. Ausländische Arbeitnehmer	+ 171	+ 156	+ 8,1	+ 7,3
5. Registrierte Arbeitslose	+ 50	+ 61	+ 27,0	+ 33,2
6. Stille Reserve	+ 70	+ 112	.	.

¹⁾ Quelle: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit; eigene vorläufige Berechnungen

- Die Abweichung zwischen Prognose und tatsächlicher Entwicklung schlägt sich vor allem bei den inländischen Erwerbstätigen nieder (ca. 55000 Personen). Die Entwicklung bei den ausländischen Arbeitnehmern wurde dagegen von der Vorausschau recht gut antizipiert: Prognostizierte (2,3 Mio.) und tatsächliche Jahresdurchschnittszahl (2,284 Mio.) weichen nur geringfügig voneinander ab.
- Andererseits wurde auch der Anstieg der registrierten und nicht registrierten Arbeitslosigkeit leicht unterschätzt. Effektiv waren im Jahresdurchschnitt 1972 246000 Personen arbeitslos (Prognosewert: 235000 Personen). Hinzu kommt ein um rund 40 000 Personen stärkerer Anstieg bei der „Stillen Reserve“.
- Das gesamtwirtschaftliche *Arbeitsvolumen* war im Jahre 1972 um 1,6% niedriger als im Vorjahr. Mehr als die Hälfte dieses Rückgangs (- 0,9 %) entfiel dabei auf die Verringerung der effektiven Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen; die Zahl der Beschäftigten ging im gleichen Zeitraum um 0,8 % zurück. Insgesamt schrumpfte also das Arbeitsvolumen in dem Umfang, wie hier im Sommer vorausgeschätzt worden war (-1,7%). Zugleich stieg die Produktivität je geleisteter Arbeitsstunde im Zuge der etwas stärkeren Auslastung des Produktionspotentials mit 4,6 % rascher an als (mit 4 %) angenommen.
- Die konjunkturelle Unterauslastung des inländischen Arbeitspotentials ist im Durchschnitt des Jahres 1972 auf 2,5 % zu veranschlagen. Die Hälfte davon (1,3%) besteht aus konjunkturbedingter registrierter und nicht registrierter Arbeitslosigkeit. Der andere Teil der Unterauslastung kommt in dem konjunkturell verstärkten Rückgang der individuellen Jahresarbeitszeit während der Jahre 1971 und 1972 zum Ausdruck (1,2 %). Die tatsächliche Entwicklung in den Jahren 1971 und 1972 zusammengenommen bestätigt die Schätzung:

Der konjunkturell bedingte Rückgang des Arbeitsvolumens wurde diesmal, gemäß den insgesamt nicht allzu pessimistischen Erwartungen, mehr in der Arbeitszeitkomponente „aufgefangen“; die Arbeitskräfte wurden — anders als in der Rezession 1966/67 — überwiegend gehalten.

3. Strukturelle Aspekte der Arbeitsmarktentwicklung

Wie eingangs erwähnt, werden in der kurzfristigen Arbeitsmarktforschung des IAB strukturelle Aspekte des Arbeitsmarkts zunehmend in den Vordergrund rücken. Die nachfolgenden Abschnitte zur Entwicklung und Struktur der Industriebeschäftigung und zur Entwicklung der Teilzeitbeschäftigung von Frauen sind erste Schritte auf diesem Wege. Freilich müssen partielle Strukturanalysen dieser Art beträchtlich verfeinert und auch regionalisiert werden, bevor sie konkret strukturelle Tatbestände, Entwicklungstendenzen und Verhaltensweisen erkennen und vorausschätzen lassen und so Orientierungshilfen für die Arbeitsmarktpolitik abgeben. Dennoch stellen auch die nachstehend aufgeführten verhältnismäßig groben Informationen zur strukturellen Entwicklung bestimmter Personengruppen bereits eine Ergänzung der Analyse und Prognose der globalen Arbeitsmarktaggregate dar.

3.1 Zur Entwicklung der Beschäftigung in der Industrie

Im Jahresdurchschnitt 1972 waren in der Industrie der Bundesrepublik Deutschland (in Betrieben mit 10 und mehr Beschäftigten) 8,342 Mio. Personen beschäftigt. Im Verhältnis zum Vorjahr kommt dies einem Rückgang um 2,3% gleich. Gegenüber dem bisherigen Nachkriegshöchststand der Industriebeschäftigtenzahl vom Jahre 1970 (8,603 Mio.) bedeutet dies eine Verringerung um gut 3 %. Das effektive Arbeitsvolumen (Summe der geleisteten Stunden) der Industrie hat zwischen 1970 und 1972 mehr als doppelt so stark (- 6,5 %) abgenommen. Die individuelle Jahresarbeitszeit der Industriebeschäftigten, die im längerfristigen Durchschnitt aufgrund tarifvertragli-

cher Vereinbarungen jährlich um etwa einen Prozentpunkt abnimmt, ging in diesem Zeitraum also konjunkturbedingt durch Kurzarbeit und Abbau von Überstunden verstärkt zurück.

Vergleicht man diese Entwicklung mit derjenigen in der vorangegangenen Rezession der Jahre 1966/67, so fällt auf, daß der konjunkturelle Rückgang der durchschnittlichen Arbeitszeit der Größenordnung nach damals im Vergleich zu 1965 nicht ausgeprägter war als diesmal (— 3,6 % im Durchschnitt der Jahre 1966 und 1967 gegenüber — 3,4 % in den Jahren 1971 und 1972). Der Abbau der Beschäftigtenzahl war damals mit — 7,3 % dagegen fast 2½mal so stark wie in den Jahren 1971 und 1972. Danach zu urteilen, scheint die Bereitschaft der Beschäftigten — dies gilt jedenfalls im Durchschnitt aller Industriezweige und Regionen —, einen nachhaltigen Rückgang der Güternachfrage in der Arbeitszeitkomponente aufzufangen, relativ eng begrenzt zu sein. Inwieweit dieser Tatbestand auf eine allgemein verbreitete beschäftigungspolitische Verhaltensweise der Beschäftigten zurückzuführen ist, welche Bestimmungsfaktoren gegebenenfalls hierbei den Ausschlag geben und welche sektorale und regionale Differenzierung hinter diesem globalen Durchschnitt stehen, bedarf allerdings weiterer Untersuchungen⁵⁾.

Konjunkturelle Beschäftigungsrückgänge — dies gilt wiederum zunächst nur für den Durchschnitt der Industrie insgesamt — traten ausschließlich bei den Industriearbeitern ein. So lag die Zahl der Industriearbeiter im Jahresdurchschnitt 1972 um rund 340000 (-5,3%) unter dem Höchststand von 1970. Die Zahl der *Angestellten* ist im gleichen Zeitraum um 82000 (+3,9%) gestiegen. Noch ausgeprägter war die Differenzierung in der Entwicklung dieser beiden Beschäftigtengruppen in der vorangegangenen Rezession. Zwischen 1965 und 1967 war die Zahl der Arbeiter in der Industrie um rd. 650000 (-10%) zurückgegangen, wogegen die Zahl der Angestellten noch um 38 000 (+ 2,1 %) gestiegen war.

Nun werden diese konjunkturellen Strukturverschiebungen allerdings eindeutig von einem Trend überlagert: Der Anteil der Arbeiter an den Industriebeschäftigten geht fast ohne Unterbrechung seit Jahren zurück. Hatte er 1965 noch fast 78% betragen, so beläuft er sich gegenwärtig (1972) auf nur noch 73,5 %. Auch im Jahre 1970, dem Jahr der höchsten Industriebeschäftigung überhaupt, hatte dieser Anteil (mit 75,2%) eindeutig unter dem Stand von 1965 gelegen. Diese ständige Zunahme des Angestelltenanteils ist zu einem gewissen, wenn auch verhältnismäßig kleinen Teil darauf zurückzuführen, daß Arbeiter — mit oder auch ohne Wechsel ihrer Tätigkeit — in den versicherungsrechtlichen Status von Angestellten übergehen, ohne daß hiermit Entlassungen und Neueinstellungen verbunden wären⁶⁾. Vor allem beruht diese Entwicklung aber auf einem steigenden

Anteil der Angestellten bei Neueinstellungen. Der über diese langfristige Strukturveränderung weit hinausgehende Rückgang der Zahl der Industriearbeiter in den Jahren 1966/67 und 1971/72 ist jedoch eindeutig konjunkturell bedingt.

So gesehen wird das konjunkturelle Beschäftigungsrisiko in der Industrie also per Saldo vor allem von den Industriearbeitern getragen. Dies schließt nicht aus, daß auch bestimmte Teile der Angestelltenschaft in der Industrie von konjunkturellen Schwankungen des Beschäftigungsgrades betroffen werden. Auf der anderen Seite kann man davon ausgehen, daß die Faktoren, die die relative Konjunkturunempfindlichkeit bei den Angestellten bewirken (z. B. längere Kündigungsfristen, geringerer Anteil Un- und Angelernter) auch künftig von Bedeutung sein werden, so daß die kontinuierliche Zunahme des Angestelltenanteils in der Industrie — auf kurze Sicht wirkt sich dies freilich kaum aus — langfristig tendenziell zu einer zunehmenden Verstetigung der Industriebeschäftigung führt.

Die Verteilung der Beschäftigten auf die Hauptgruppen der Industrie hat sich auch in den vergangenen Jahren weiter in der Richtung verändert, die schon zumindest seit Beginn der 60er Jahre zu beobachten war (siehe Übersicht Nr. 2).

Die Zahl der im Bergbau Beschäftigten ging weiter drastisch zurück: Mit rund 283000 Erwerbstätigen (Jahresdurchschnitt 1972) hat der Bergbau nunmehr einen Anteil von 3,4% an der Industrie insgesamt (1965: 475000 bzw. 5,6 %). Wie schon in den Jahren 1966/67, so wurde der strukturelle Schrumpfungsprozeß des Bergbaus — nach einer gewissen Verlangsamung in den konjunkturstarke Jahre 1970/71 — auch 1972 wiederum konjunkturell verstärkt. Der Anteil der in den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien Beschäftigten hat sich zwar weiter leicht verringert (1972: 20,9 %), der absoluten Höhe nach blieb die Zahl der Erwerbstätigen in diesem Industriebereich jedoch seit einer Reihe von Jahren im ganzen konstant (1972: 1,74 Mio. Personen). Allerdings ist die Konjunkturanfälligkeit (konjunkturell bedingter prozentualer Rückgang der sektoralen Beschäftigtenzahl) im Verhältnis zur Industrie insgesamt hier am ausgeprägtesten. Dies liegt überwiegend an der besonders von Konjunkturschwankungen betroffenen Eisen- und Stahlindustrie, die allerdings strukturell laufend an Bedeutung verloren hat (1972: 492000 Beschäftigte bzw. 5,9 %). Im Hinblick auf die Stabilität der Beschäftigung positiv wirkt sich dagegen innerhalb dieser Hauptgruppe die nahezu ununterbrochene kräftige Expansion der Beschäftigung in der Chemischen Industrie (einschließlich Mineralölverarbeitung und Kohlenwertstoffindustrie) aus, die mittlerweile mit rund 621 000 Beschäftigten einen Anteil von 7,5 % an der gesamten Industrie erreicht hat. Die Zahl der Beschäftigten in den Investitionsgüterindustrien expandiert — sieht man von konjunkturellen Schwankungen ab — nach wie vor unvermindert: 3,85 Mio. Personen bzw. 46,3 % der Gesamtindustrie arbeiteten im Jahresdurchschnitt 1972 in diesem Industriebereich, fast 20 % mehr als im Jahre 1960. Auch dieser Bereich ist stark konjunkturrempfindlich, wengleich nicht so sehr wie die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie. Die anhaltende Beschäftigungsexpansion im Investitionsgütersektor wird in erster Linie getragen vom Maschinenbau⁷⁾ (1972:

⁵⁾ Diesen mit der „hiring and firing policy“ verbundenen Fragen wird demnächst in einer gesonderten Untersuchung für die Industrie nachgegangen werden. (Für andere Wirtschaftsbereiche liegen, abgesehen vom Bauhauptgewerbe, keine entsprechenden statistischen Daten vor; hier spielen allerdings die konjunkturellen Bewegungen auch nur eine untergeordnete Rolle.)

⁶⁾ Vgl. Hans Hofbauer, Hermine Kraft: „Materialien zur Statusmobilität bei männlichen Erwerbspersonen in der Bundesrepublik Deutschland“. MittAB 3/1972, S. 199 ff. Sowie: „Umschichtung der Erwerbsbevölkerung 1966/67 und 1968/69, Wirtschaft und Statistik, 1969, Heft 9, S. 505 ff. und 1971, Heft 2, S. 99 ff.

⁷⁾ Maschinenbau hier einschl. Herstellung von Büromaschinen und 75 % der Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen; Elektrotechnik einschl. 25 % der DV-Geräte und -einrichtungen.

Übersicht 2

Beschäftigte in der Industrie¹⁾ nach Hauptgruppen und ausgewählten Zweigen 1960–1972

Industriegruppe, -zweig	1960		1965		1967		1970		1972 ²⁾		
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1960=100
Bergbau	616,3	7,6	474,2	5,6	377,9	4,8	310,4	3,6	282,7	3,4	45,9
Verarbeitende Industrie	7 464,7	92,4	7 986,2	94,4	7 464,8	95,2	8 293,0	96,4	8 058,8	96,6	108,0
davon:											
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	1 721,6	21,3	1 804,4	21,3	1 669,9	21,3	1 809,7	21,0	1 741,5	20,9	101,2
darunter:											
Eisen- und Stahlindustrie	573,3	7,1	571,8	6,8	506,6	6,5	531,6	6,2	492,3	5,9	85,9
Chemische Industrie (einschl. Kohlenwertstoff-ind. u. Mineralölverarb.)	501,0	6,2	568,4	6,7	570,1	7,3	635,0	7,4	621,3	7,4	124,0
Investitionsgüterindustrien	3 231,7	40,0	3 629,0	42,9	3 385,4	43,2	3 958,9	46,0	3 857,7	46,2	119,4
darunter:											
Maschinenbau ³⁾	971,8	12,0	1 083,6	12,8	1 040,6	13,3	1 194,4	13,9	1 154,6	13,8	118,8
Fahrzeugbau	397,4	4,9	514,1	6,1	483,5	6,2	606,2	7,0	609,6	7,3	153,4
Elektrotechnische Industrie ⁴⁾	843,6	10,4	974,5	11,5	893,5	11,4	1 099,7	12,8	1 058,5	12,7	125,5
Eisen-, Blech- u. Metallwarenindustrie	401,0	5,0	418,2	4,9	386,7	4,9	418,2	4,9	412,6	4,9	102,9
Verbrauchsgüterindustrien	2 005,1	24,8	2 032,4	24,0	1 902,4	24,3	2 009,9	23,4	1 953,2	23,4	97,4
darunter:											
Kunststoffverarbeitende Industrie	86,0	1,1	122,6	1,4	124,6	1,6	167,3	1,9	181,0	2,2	210,5
Textilindustrie	619,5	7,7	547,0	6,5	490,0	6,2	501,5	5,8	458,2	5,5	74,0
Bekleidungsindustrie	355,5	4,4	398,2	4,7	370,7	4,7	379,1	4,4	372,2	4,5	104,7
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	506,2	6,3	520,4	6,2	507,0	6,5	514,5	6,0	506,4	6,1	100,0
Industrie insgesamt	8 081,0	100	8 460,4	100	7 842,7	100	8 603,4	100	8 341,5	100	103,2

¹⁾ Hauptbeteiligt in Betrieben mit zehn und mehr Beschäftigten

²⁾ Vorläufig

³⁾ Einschl. bestimmter Anteile der Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten (75 %) und der Herstellung von Büromaschinen

⁴⁾ Einschl. bestimmter Anteile der Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten (25 %)

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen

1,155 Mio. Beschäftigte bzw. 13,8 %), der Elektrotechnik (1,059 Mio. bzw. 12,7%), dem Fahrzeugbau (610 000 bzw. 7,3 %) und der EBM-Industrie (413 000 bzw. 6,7 %). Am konjunkturanfälligsten ist in diesem Bereich der Industrie die Elektrotechnik: Hier waren sowohl 1971/72 wie auch in der vorangegangenen Rezession die Beschäftigungsrückgänge relativ stärker als im Durchschnitt der Industrie insgesamt.

Betrachtet man die zuletzt behandelten beiden Hauptgruppen Grundstoff- und Produktionsgüter- und Investitionsgüterindustrie zusammen, dann ergibt sich: Einerseits wurde das Wachstum der Industrie insgesamt hauptsächlich von diesen Bereichen getragen. Andererseits wirkt ihr hoher und zunehmender Anteil (1972 fast 70 %) im Hinblick auf die Kontinuität der Industriebeschäftigung insgesamt tendenziell destabilisierend.

In den Verbrauchsgüterindustrien — mit einem Anteil von 23,4 % an der gesamten Industrie ist dies die zweitgrößte Hauptgruppe — arbeiteten 1972 1,953 Mio. Erwerbstätige. Der Anteil dieser Gruppe an der Gesamtindustrie wie auch die absolute Zahl der hier Beschäftigten ist tendenziell leicht rückläufig. Die einzelnen Zweige dieser Hauptgruppe entwickelten sich allerdings recht unterschiedlich: Dem anhaltenden Rückgang der Beschäftigung in der Textilindustrie (zwischen 1960 und 1972 ist die Beschäftigtenzahl hier um mehr als 26 % auf 458 000 Personen zurückgegangen), der sich zumal in rezessiven Phasen besonders beschleunigt, steht auf der anderen Seite

eine über die gesamte Zeitspanne hin ununterbrochene Expansion in der Kunststoffindustrie gegenüber. Die beschäftigungsbezogene Konjunkturanfälligkeit dieses Bereichs insgesamt ist leicht unterdurchschnittlich.

In der Hauptgruppe Nahrungs- und Genußmittelindustrien schließlich arbeiteten im Jahre 1972 506 000 Personen, genausoviel wie im Jahr 1960. Der Anteil dieser Gruppe an der Gesamtindustriebeschäftigung ist ebenfalls seit langem konstant, die Konjunkturanfälligkeit ist hier weitaus geringer als in den anderen Industriegruppen.

3.2 Zur Teilzeitarbeit von Frauen

Im Zusammenhang mit der zunehmenden Erwerbsbeteiligung insbesondere verheirateter Frauen hat die Teilzeitarbeit in den letzten Jahren ein immer größeres Gewicht erhalten. Im Jahre 1971 — jüngere Daten liegen noch nicht vor — waren insgesamt 1,84 Mio. Frauen teilzeitbeschäftigt in dem Sinne, daß sie aus eigenem Entschluß weniger als 42 Stunden in der Woche gearbeitet haben. Gegenüber 1965 bedeutet dies eine Steigerung um 41,6 %, bei den abhängig beschäftigten Frauen sogar um 64,7 %. Entsprechend hat sich im gleichen Zeitraum die Teilzeitquote (Anteil der teilzeitbeschäftigten an allen erwerbstätigen Frauen) von 13,2 % auf 19,3 % erhöht.

Beschäftigungspolitisch bedeutsam ist nicht nur der Umfang der Teilzeitarbeit, sondern auch die Struktur

Übersicht 3

Erwerbstätige Frauen nach Teilzeitarbeit¹⁾, Altersgruppen und Familienstand

Alter von... bis unter... Jahren	Erwerbstätige Frauen im April 1971					Verheiratete erwerbstätige Frauen im April 1971				
	Insgesamt (in Tausend)	Darunter in Teilzeitbeschäftigung				Insgesamt (in Tausend)	Darunter in Teilzeitbeschäftigung			
		Absolut (in Tausend)	Altersstruktur	Teilzeitquote (in % von Sp. 1)	Entwicklung seit 1965 in %		Absolut (in Tausend)	Altersstruktur	Teilzeitquote (in % von Sp. 7)	Entwicklung seit 1965 in %
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
16 – 25	2282	101	5,5	4,4	+ 34,7	555	81	5,2	14,6	+ 42,1
25 – 35	2024	479	26,0	23,7	+ 63,5	1511	453	28,1	30,0	+ 64,7
35 – 45	1859	493	26,8	26,5	+ 38,5	1431	463	29,9	32,4	+ 42,5
45 – 55	1886	424	23,0	22,5	+ 52,5	1241	359	23,2	28,9	+ 68,5
55 – 65	1167	244	13,3	20,9	+ 16,2	589	156	10,1	26,5	+ 17,3
65 und älter	326	97	5,3	29,8	+ 16,9	120	37	2,4	30,8	+ 2,8
Insgesamt	9547	1841 ²⁾	100	19,3	+ 41,6	5446	1549	100	28,4	+ 49,1

¹⁾ Aus eigenem Entschluß weniger als 42 Stunden in der Woche beschäftigt

²⁾ Wegen des hohen relativen Fehlers werden die Fälle in der Altersgruppe bis unter 16 Jahren (3000) in dieser Tabelle nicht aufgeführt
Quelle: Mikrozensus; eigene Berechnungen

Übersicht 4

Erwerbstätige Frauen nach Teilzeitarbeit¹⁾ und der Stellung im Beruf

Stellung im Beruf	Erwerbstätige Frauen im April 1971				
	Insgesamt (in Tausend)	Darunter in Teilzeitbeschäftigung			
		Absolut (in Tausend)	Struktur nach der Stellung im Beruf	Teilzeitquote (in % von Spalte 1)	Entwicklung seit 1965 in %
	1	2	3	4	5
Selbständige	545	70	3,8	12,9	— 4,1
Mithelfende Familienangehörige	1397	305	16,6	21,8	— 9,5
Abhängige	7605	1466	79,6	19,3	+ 64,7
Insgesamt	9547	1841	100	19,3	+ 41,6

¹⁾ Aus eigenem Entschluß weniger als 42 Stunden in der Woche beschäftigt.
Quelle: Mikrozensus; eigene Berechnungen

der teilzeitbeschäftigten bzw. der Teilzeitarbeit suchenden Frauen⁸⁾.

Eine Aufgliederung nach Alter und Familienstand (Übersicht 3) läßt erkennen, daß die Teilzeitquote bei den erwerbstätigen Frauen (insbesondere bei verheirateten Frauen) zwischen 35 und 45 Jahren am höchsten ist, während die größten Zuwächse in der Anzahl der teilzeitbeschäftigten Frauen zwischen 1965 und 1971 bei den 25- bis 35jährigen zu verzeichnen waren. Insgesamt ist jedoch auch festzustellen, daß die Teilzeitarbeit — aus sehr unterschiedlichen Gründen und familiären Situationen heraus — bei verheirateten

Frauen nahezu aller Altersgruppen eine große Bedeutung gewonnen hat.

Eine Ausnahme stellen lediglich die verheirateten Frauen unter 25 Jahren dar mit einer im Vergleich zu den übrigen Verheirateten beträchtlich niedrigeren Teilzeitquote und einem unterdurchschnittlichen Zuwachs an Teilzeitbeschäftigten. In diesen Altersgruppen, in denen die familiäre Situation (Betreuung von Kleinkindern im Alter bis zu 3 Jahren) eine Teilzeitbeschäftigung sehr erschwert, ist offenbar trotz aller Förderungsbemühungen nur mit einer sehr langsamen Zunahme der Teilzeitarbeit zu rechnen. Auch der in den letzten Jahren beobachtete Rückgang der durchschnittlichen Geburtenziffer wirkt sich in dieser Gruppe kaum aus, da er vor allem aus einer Abnahme der Häufigkeit zweiter und weiterer Kinder je Familie herrührt, die überwiegend von Müttern im Alter von mehr als 25 Jahren geboren werden⁹⁾.

Eine gewisse Umstrukturierung zeichnet sich im Hinblick auf die Stellung im Beruf der Teilzeitbeschäftigten ab (Übersicht 4). Die Teilzeitquote ist zwar bei mithelfenden Familienangehörigen (noch) relativ am

⁸⁾Vgl. hierzu u. a. Hofbauer, Hans; Bintig, Ursula; Dadzio, Werner: „Die Rückkehr der Frauen ins Erwerbsleben“, in Mitt(IAB) 9/1969, S. 713 ff. Kohler, Hans; Reyher, Lutz: „Erwerbstätigkeitsphasen der Frauen“, in MittAB 3/1970, S. 286 ff. Weltz, Friedrich: „Bestimmungsgrößen der Frauenerwerbstätigkeit“, in MittAB 2/1971, S. 201 ff. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): „Frauen mit Teilzeitarbeit. Ergebnisse des Mikrozensus“, in Wirtschaft und Statistik, Heft 7, 1971, S. 416 ff. LitDokAB S 2 (Literaturdokumentation zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Sonderheft 2: Teilzeitarbeit, Zeitarbeit, Leiharbeit. Hgg. v. IAB).

⁹⁾Vgl. hierzu: Statistische Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland, 1966 bis 1972, Abschnitt II: Bevölkerungsbewegung, A. Natürliche Bevölkerungsbewegung.

Übersicht 5

Entwicklung der Anzahl von Frauen in Teilzeitbeschäftigung¹⁾ nach Wirtschaftsbereichen in den Jahren 1965 bis 1971

Wirtschaftsbereich	Erwerbstätige Frauen in Teilzeitbeschäftigung — Absolut in 1000 Personen —							Struktur nach Wirtschaftsbereichen 1971	Entwicklung 1965 bis 1971 in %
	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971		
Land- und Forstwirtschaft	245	230	250	271	267	240	205	11,3	- 16,3
Energiewirtschaft und Bergbau	/	/	/	/	/	/	/	.	.
Verarbeitendes Gewerbe	404	445	414	412	477	545	559	50,7	+ 38,4
Baugewerbe	23	28	32	30	31	35	40	2,2	+ 73,9
Handel	267	293	300	317	349	396	421	23,2	+ 57,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	30	33	34	33	36	43	49	2,7	+ 63,3
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	23	28	30	33	35	41	48	2,6	+ 108,7
Sonstige Dienstleistungen	210	237	256	275	291	324	362	19,9	+ 72,4
Organisationen ohne Erwerbscharakter, private Haushalte	51	49	57	57	57	57	59	3,2	+ 15,7
Staat	30	33	34	38	49	61	75	4,1	+ 150,0
Wirtschaft insgesamt	1283	1376	1407	1466	1592	1742	1818	100	+ 41,7
Anteil der teilzeitbeschäftigten an den erwerbstätigen Frauen insgesamt (Teilzeitquote)									
Land- und Forstwirtschaft	15,4	15,6	17,5	19,1	19,5	19,1	17,8		
Energiewirtschaft und Bergbau	/	/	/	/	/	/	/		
Verarbeitendes Gewerbe	13,2	14,5	14,7	14,8	16,4	18,0	18,8		
Baugewerbe	20,9	23,5	27,6	27,8	27,0	27,6	29,9		
Handel	15,6	17,0	17,6	19,0	21,1	23,3	24,6		
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	11,9	13,3	14,1	14,0	15,4	17,8	18,6		
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	9,1	10,6	11,0	12,2	12,7	14,2	15,3		
Sonstige Dienstleistungen	10,8	12,0	12,7	13,4	13,9	15,5	17,2		
Organisationen ohne Erwerbscharakter, private Haushalte	14,4	14,7	17,4	17,9	18,3	20,7	22,4		
Staat	6,2	6,6	6,8	7,6	9,6	11,7	13,4		
Wirtschaft insgesamt	13,1	14,1	14,9	15,6	16,8	18,2	19,1		

¹⁾ Aus eigenem Entschluß weniger als 42 Stunden in der Woche beschäftigt
Den Zahlen liegt das Inländerkonzept des Statistischen Bundesamtes zugrunde. Die aufgeführten Teilzeitquoten verschieben sich gegenüber denjenigen, die sich auf das Inlandskonzept beziehen, jedoch nur geringfügig.
Quelle: Mikrozensus; eigene Berechnungen

größten (22 %). Allerdings nimmt die Zahl der teilzeitbeschäftigten mithelfenden Familienangehörigen seit einigen Jahren absolut und relativ ab, während der Zuwachs sich ausschließlich auf Abhängige erstreckt.

Die Entwicklung der Teilzeitbeschäftigung bei Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen ist im Zusammenhang zu sehen mit den Strukturveränderungen in der Landwirtschaft: Über die Hälfte von ihnen ist in diesem Wirtschaftszweig beschäftigt¹⁰⁾.

¹⁰⁾ Ober 90 % der Teilzeitbeschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft gehören zu den mithelfenden Familienangehörigen und Selbständigen, gegenüber rund 13 % in den übrigen Wirtschaftsbereichen (Mikrozensus).

Von besonderer beschäftigungspolitischer Bedeutung ist die Frage nach der Veränderung der Teilzeitbeschäftigung von Frauen im Konjunkturablauf (*Konjunkturereagibilität*). Insgesamt gesehen — d. h. für alle Wirtschaftsbereiche zusammen — ergibt sich aus Übersicht 5 auch für das Rezessionsjahr 1967 ein Ansteigen der Zahl der teilzeitbeschäftigten Frauen um ca. 30000 bzw. ein (wenn auch gegenüber dem Vorjahr verminderter) Anstieg der Teilzeitquote um 0,8 Prozentpunkte.

Aus der Aufgliederung nach Wirtschaftsbereichen läßt sich ersehen, daß 1967 lediglich im Verarbeiten-

den Gewerbe Teilzeitarbeitsplätze (im Umfang von ca. 30 000) abgebaut wurden.

Gleichzeitig ist jedoch auch in diesem Bereich (wie in allen anderen) die Teilzeitquote noch angestiegen, die Teilzeitbeschäftigung also weniger stark zurückgegangen als die Vollzeitbeschäftigung.

Im Gegensatz zu verbreiteten Vorstellungen sind also Teilzeitarbeitsplätze in einer Rezession nicht stärker gefährdet als Vollzeitarbeitsplätze. Wesentlich für die vergleichsweise geringe Konjunkturabhängigkeit der Teilzeitarbeit ist, daß die Mehrzahl der teilzeitbeschäftigten Frauen in den weniger konjunkturabhängigen Dienstleistungsbereichen tätig ist. Bei diesen hat sich der Trend einer kontinuierlichen Zunahme der Teilzeitarbeit auch im Rezessionsjahr fortgesetzt und den Rückgang im Verarbeitenden Gewerbe überlagert.

Bei der Entwicklung der Teilzeitarbeit in einer Rezession ist zu beachten, daß hinter den (aufgeführten) Nettoveränderungen u. U. gegenläufige Ströme stehen können. Den hier aufgeführten und anderen Quellen ist allerdings nicht zu entnehmen, inwieweit im Konjunkturabschwung

- teilzeitbeschäftigte Frauen arbeitslos wurden bzw. sich vom Arbeitsmarkt zurückgezogen haben, ohne sich arbeitslos zu melden,
- teilzeitbeschäftigte Frauen von einem Wirtschaftsbereich in einen anderen übergewechselt sind,
- voll- oder teilzeitbeschäftigte Frauen mehr oder weniger freiwillig in eine Teilzeitbeschäftigung übergewechselt sind,
- nicht-erwerbstätige Frauen eine Teilzeitbeschäftigung aufgenommen haben, um bei Arbeitslosigkeit des Ehemannes ein ausreichendes Familieneinkommen zu sichern oder
- nicht-erwerbstätige Frauen wegen der Rezession keine Teilzeitbeschäftigung aufnehmen konnten, obwohl sie dies geplant hatten.

Über das Verhalten von Frauen (und auch von Arbeitgebern) im Hinblick auf Teilzeitarbeit im Konjunkturverlauf sind daher weitere Untersuchungen erforderlich.

Um die Entwicklung der Teilzeitarbeit in den nächsten Jahren zu beurteilen, ist zunächst der Trend einer Zunahme des Anteils der Teilzeitbeschäftigten bei Frauen um jährlich etwa einen Prozentpunkt zu beachten. Dieser Trend, der sich auf abhängig beschäftigte verheiratete Frauen fast aller Altersgruppen erstreckt, wird nur geringfügig durch konjunkturelle Schwankungen überlagert.

Weiterhin geht aus Übersicht 5 hervor, daß die Expansion der Teilzeitarbeit in den einzelnen Wirt-

¹¹⁾ Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Arbeitsmarkt-Statistik 1971, Jahreszahlen. Bei der Statistik über Offene Stellen, Arbeitsuchende und Vermittlungen ist zu beachten, daß über den Einschaltungsgrad der Arbeitsämter bei der Suche und Vermittlung von Teilzeitarbeit noch nichts bekannt ist.

¹²⁾ Nach der Lohn- und Gehaltsstrukturerhebung von 1966 gehörten 66 % der vollbeschäftigten und 75 % der teilzeitbeschäftigten weiblichen Angestellten zu den Leistungsgruppen IV und V. Vgl.: „Teilzeitbeschäftigte Angestellte und ihre Verdienste“; Wirtschaft und Statistik, 1969, Heft 11, S. 647 ff. Vergl. auch: Hofbauer, Hans, u. a., a. a. O., S. 725.

¹³⁾ Alex, Laszlo, u. a., Teilzeitbeschäftigung bei männlichen Arbeitskräften, Köln, 1971 (vervielfältigtes Manuskript).

¹⁴⁾ 1971 waren lediglich 243 000 männliche Erwerbstätige teilzeitbeschäftigt, das sind 1,5 % aller männlichen Erwerbstätigen. Bei den abhängig beschäftigten männlichen Erwerbstätigen betrug die Teilzeitquote zum gleichen Zeitpunkt 0,7 % (Mikrozensusergebnisse, April 1971).

Schaftsbereichen zu unterschiedlichen Zeitpunkten begonnen hat und auch unterschiedlich weit fortgeschritten ist. Die überdurchschnittliche Zunahme der Teilzeitarbeit in den Jahren 1969 und 1970 dürfte u. a. auch auf die verstärkten Bemühungen der Bundesanstalt für Arbeit („Job“-Vermittlungsstellen und breite Öffentlichkeitsarbeit) und – im Bereich des Staates – auf die Gesetzesänderung von 1969 zurückzuführen sein, die Beamtinnen in bestimmten Fällen die Möglichkeit einer Teilzeitarbeit einräumt.

Grundsätzlich kann auch davon ausgegangen werden, daß Frauen weiterhin in zunehmendem Umfang an Teilzeitarbeit interessiert sind. Aus der Statistik der Arbeitsuchenden geht hervor, daß der Anteil derjenigen, die eine Teilzeitbeschäftigung wünschen, kontinuierlich von 19 % (1965) auf 29 % (1971) angestiegen ist.

Eine weitere Zunahme der Teilzeitarbeit wird also von den weiblichen Arbeitskräften gewünscht. Sie könnte zumindest im bisherigen Umfang (ca. ein Prozentpunkt pro Jahr) erfolgen, so daß 1973 eine Teilzeitquote von gut 21 % möglich erscheint.

Zu beachten ist allerdings, daß die Entwicklung entscheidend vom quantitativ und qualitativ ausreichenden Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen abhängt. Der Anteil der Offenen Stellen für Frauen, die nur oder auch mit einer Teilzeitkraft besetzt werden könnten, ist – unabhängig vom Konjunkturverlauf – beträchtlich niedriger als der Anteil der Teilzeitarbeit suchenden Frauen an der Gesamtzahl der arbeitsuchenden Frauen. Der Anteil der durch die Arbeitsämter vermittelten Teilzeitarbeitskräfte an den Vermittlungen hat sich daher in den letzten Jahren auch nur geringfügig erhöhen können¹¹⁾.

Außerdem erstreckt sich die Teilzeitarbeit bei Frauen bislang vorwiegend auf die unteren Leistungsgruppen, während Teilzeitarbeit von Arbeitsuchenden aller Qualifikationsniveaus gleichermaßen gewünscht wird¹²⁾.

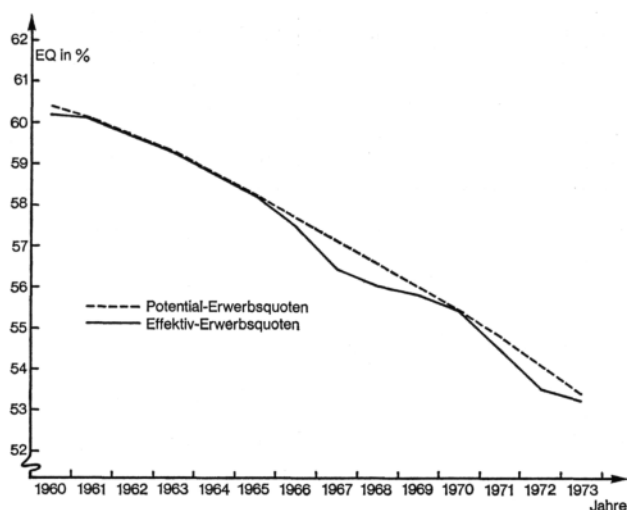
Schließlich ist noch darauf hinzuweisen, daß auch das Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen für männliche – insbesondere leistungsgeminderte und ältere – Arbeitnehmer unzureichend ist¹³⁾. Dieser Teilzeitarbeitsmarkt dürfte jedoch vor allem im Zusammenhang mit der Einführung der flexiblen Altersgrenze in Zukunft noch größere Bedeutung gewinnen¹⁴⁾.

4. Zur Entwicklung des Arbeitsmarktes im Jahre 1973

4.1 Das Angebot an Arbeitskräften

Die neueste amtliche Bevölkerungsvorausschätzung gibt den Zuwachs der Zahl inländischer Einwohner im Alter von mehr als 14 Jahren für 1973 gegenüber 1972 mit 150 000 Personen (+ 0,3 %) an. Die seit Jahren beobachteten, neuerdings sich jedoch abschwächenden Verschiebungen im Altersaufbau (zunehmender Anteil der höheren Altersgruppen) führen zusammen mit der rückläufigen Erwerbsneigung dazu, daß die Potentialerwerbsquote von 54,2 % auf 53,5 % im Jahresdurchschnitt 1973 zurückgeht (vgl. Tabelle 1 im Anhang und Schaubild 1). Trotz des Anstiegs der inländischen Bevölkerung nimmt daher 1973 das inländische Erwerbspersonenpotential um rund 230 000 (– 0,9 %) gegenüber dem Vorjahr ab und beträgt 24,185 Mio. Personen.

Schaubild 1
Potentielle und effektive Erwerbsquoten der
Inländer-Wohnbevölkerung im Alter von über 14 Jahren
1960–1973



Wie schon in den vergangenen Jahren trägt die demographische Komponente immer weniger, die Verhaltenskomponente (Erwerbsneigung) immer mehr zum Rückgang der inländischen Potentialerwerbsquote und damit zur Abnahme des Arbeitskräftepotentials bei (vgl. hierzu Tabelle 2 im Anhang).

Diese Trendentwicklung ergibt sich per Saldo durch die anhaltende Verlängerung der durchschnittlichen Ausbildungsdauer, durch eine zunehmende Erwerbsbeteiligung der Frauen zwischen 40 und 60 Jahren, eine abnehmende Alterserwerbstätigkeit jenseits der Ruhestandsgrenze und eine vermutlich weiterhin hohe Teilnahme an Weiterbildungsveranstaltungen.

Bis zur Einführung der geplanten Weiterbildungsstatistik wird sich der Nettoeffekt von Weiterbildung auf das Arbeitskräftepotential nur grob anhand der Teilnehmerstatistik der Bundesanstalt für Arbeit über Vollzeitmaßnahmen beruflicher Fortbildung abschätzen lassen. Der Abbau des Nachholeffektes seit der Einführung der individuellen Weiterbildungsförderung durch das Arbeitsförderungsgesetz, die Einführung von Erstattungshöchstsätzen und die restriktivere Bewilligungspraxis bei den Förderungsanträgen haben bereits 1972 zu einem nennenswerten Rückgang in der Zahl der Förderungsanträge geführt. Da keinerlei Anhaltspunkte für einen Trendbruch in der gesamten Weiterbildungsneigung vorliegen und da der Anteil des individuellen Förderungsprogrammes der Bundesanstalt für Arbeit an allen Weiterbildungsaktivitäten unbekannt ist, wurde hier nach 1971 keine weitere Veränderung der Arbeitsmarkteffekte von Weiterbildung unterstellt.

Zusätzlich zu dem rückläufigen Erwerbsverhalten geht das inländische Arbeitskräftepotential durch die Einführung der flexiblen Altersgrenze für Männer ab 1.1.1973 zurück¹⁵⁾. Rund 360 000 Männer befinden sich am Stichtag in der relevanten Altersgruppe von 63 bis unter 65 Jahre bzw. erreichen das 63. Lebensjahr

¹⁵⁾ Vgl. die Modellrechnungen von Gerhard Kühlewind: „Alternativrechnungen zur quantitativen Auswirkung von Änderungen der Ruhestandsgrenze auf das Arbeitskräfteangebot“, in: MittAB 3/1970, S. 277-285.

im Laufe dieses Jahres. Darunter sind rund 200000 Pflichtversicherte, von denen die meisten anspruchsberechtigt sein dürften. Wie viele dieser Anspruchsberechtigten von der neuen Regelung Gebrauch machen werden, ohne nebenher einer Erwerbstätigkeit nachzugehen – anderenfalls wären sie nämlich formal weiterhin dem Arbeitskräftepotential zuzurechnen –, ist nicht bekannt. Dies wird weitgehend von der Art der Neuregelung des Gesetzes abhängen. Auch das – nicht sehr groß zu veranschlagende – Angebot an entsprechenden Teilzeitarbeitsplätzen für Männer spielt hierbei eine wichtige Rolle.

Stärkere Auswirkungen auf das Arbeitskräftepotential werden sich voraussichtlich erst in der zweiten Jahreshälfte ergeben. In der hier vorgelegten Potentialrechnung wurde im Jahresdurchschnitt von etwa 50000 vorzeitigen Abgängen durch die Inanspruchnahme der flexiblen Altersgrenze ausgegangen.

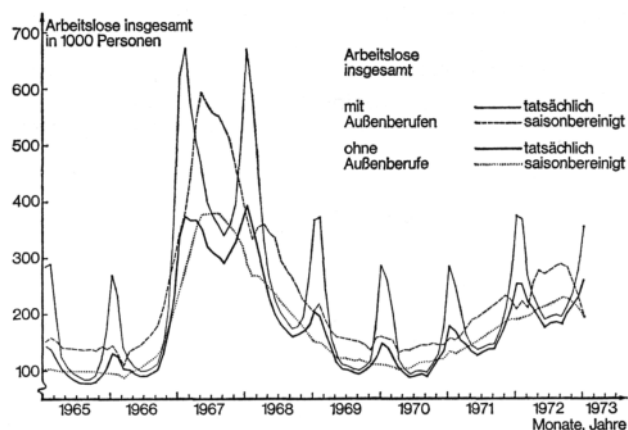
Das Angebot an ausländischen Arbeitskräften für den bundesdeutschen Arbeitsmarkt ist unverändert groß. In welchem Maße weiterhin darauf zurückgegriffen wird, hängt – abgesehen von den politischen Entscheidungen über den Umfang der Ausländerbeschäftigung und über die Lösung der damit zusammenhängenden sozialen Probleme – allein von der Absorptionsfähigkeit des Arbeitsmarktes in der Bundesrepublik Deutschland ab.

4.2 Die Arbeitskräftenachfrage

Nach den gegenwärtigen Sozialproduktsprognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute und des Sachverständigenrates sowie der Zielprojektion der Bundesregierung wird die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nach Gütern und Diensten im Jahre 1973 spürbar ansteigen. Die Vorausschätzungen für die Zuwachsraten des nominalen Bruttoinlandsprodukts bewegen sich zwischen + 10½ und + 12%, für das reale Bruttoinlandsprodukt (in Preisen von 1962) zwischen + 4½ und + 5½ %.

Diese Arbeitsmarktvorausschau geht von einer Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts um 5 % aus, einer eher zurückhaltenden Annahme, wie bereits betont.

Schaubild 2
Tatsächliche und saisonbereinigte Arbeitslosenzahlen
im Bundesgebiet 1965–1973



Übersicht 6

Nettoproduktionswerte (in Preisen von 1962) und Beschäftigte (hauptbeteiligt) in der Industrie¹⁾ nach Hauptgruppen für die Jahre 1970 bis 1973

Hauptgruppe	Nettoproduktionswerte				Beschäftigte							
	1970	1971	1972 ²⁾	1973 ³⁾	1970	1971	1972 ²⁾	1973 ³⁾	1970	1971	1972 ²⁾	1973 ³⁾
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				1000 Personen				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
Bergbau	+ 2,8	+ 2,7	- 7,8	- 3	310,4	306,4	282,7	260	- 2,3	- 1,3	- 7,7	- 8
Verarbeitende Industrie	+ 6,6	+ 2,0	+ 2,5	+ 5½	8293,0	8231,5	8058,8	8130	+ 3,8	- 0,7	- 2,1	+ 1
davon:												
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	+ 5,4	+ 2,0	+ 4,6	+ 6½	1809,7	1784,5	1741,5	1750	+ 3,4	- 1,4	- 2,4	+ ½
Investitionsgüterindustrie	+10,3	- 0,3	+ 0,0	+ 5½	3958,9	3956,7	3857,7	3920	+ 5,8	- 0,1	- 2,5	+ 1½
Verbrauchsgüterindustrie	+ 3,1	+ 4,4	+ 4,6	+ 4½	2009,9	1976,2	1953,2	1960	+ 1,0	- 1,7	- 1,2	+ ½
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	+ 3,6	+ 5,7	+ 1,8	+ 3	514,5	514,1	506,4	500	+ 0,9	- 0,1	- 1,5	- 1½
Industrie insgesamt	+ 6,4	+ 2,0	+ 2,1	+ 5	8603,4	8537,9	8341,5	8390	+ 3,6	- 0,8	- 2,3	+ ½

¹⁾ Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten

²⁾ Vorläufig

³⁾ Schätzung

Quelle: Statistisches Bundesamt; Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Berlin); eigene Berechnungen.

Auch die Produktivität (hier Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen) dürfte — wie stets in Phasen des konjunkturellen Wiederanstiegs — infolge steigender Auslastung der Sachkapazitäten wieder stärker wachsen. Hier wird eine Zunahme um 4½ % für wahrscheinlich gehalten.

Aus diesen Annahmen über Produkts- und Produktivitätswachstum resultiert ein Zusatzbedarf an Arbeitskräften von + ½ %. Das bedeutet einen Zuwachs bei den Erwerbstätigen von ca. 150000 Personen. Dabei hält der strukturell bedingte Rückgang bei den Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen an (- 130000 Personen), die Nachfrage nach beschäftigten Arbeitnehmern steigt dementsprechend stärker (+ 1½ % oder + 290000 Personen). Zur Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt, Produktivität und Erwerbstätigenzahl in den Hauptwirtschaftsbereichen vgl. die Tabellen 5,6,7 und 8 im Anhang.

Für die Industrie wurde zum erstenmal der Versuch unternommen, die mutmaßliche Beschäftigtenentwicklung im Jahre 1973 mit Hilfe von Beschäftigungsfunktionen zu prognostizieren. Diese Funktionen zeigen die Industriebeschäftigten einer Periode in Abhängigkeit von dem realen Nettoproduktionswert der gleichen Periode, einem Zeitrend und den Beschäftigten der Vorperiode¹⁶⁾.

¹⁶⁾ Den Schätzungen lag folgende Regressionsgleichung zugrunde:

$$\ln E_t = a_0 + a_1 \ln Y_t + a_2 \ln E_{t-1} + a_3 t$$

$$+ a_4 D_1 + a_5 D_2 + a_6 D_3$$

E_t = Industriebeschäftigte im Quartal t

E_{t-1} = Industriebeschäftigte im Vorquartal

Y_t = Nettoproduktionswert im Quartal t

t = Trendvariable

D_1, D_2, D_3 = Dummy Variables

Zur Herleitung dieser Funktion vgl. Rudolf Riefers: „Kurzfristige Beschäftigungsfunktionen. Ein Literaturüberblick“. In: Mitt(IAB), Nr. 9/1969 S. 698 ff.

Den Berechnungen lagen Vorausschätzungen des Nettoproduktionswertes für das Jahr 1973 vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) zugrunde. Diese mußten allerdings noch quartalisiert werden, da es sich bei den verwendeten Beschäftigungsfunktionen um ein Quartalsmodell handelt.

Im großen und ganzen konnten mit Hilfe dieser Funktionen plausible Vorausschätzungen der Zahl der Beschäftigten in den einzelnen Industriezweigen gewonnen werden. Ausgewiesen werden hier allerdings nur die Ergebnisse für die Hauptgruppen der Industrie (vgl. hierzu die Übersicht 6), weil erst weitere Erfahrungen mit dieser Prognosemethode gesammelt werden sollen. Insbesondere scheint es nach den vorliegenden Ergebnissen notwendig zu sein, die Arbeitszeitkomponente in den Funktionen noch stärker zu berücksichtigen.

4.3 Die Arbeitskräftebilanz

Die Arbeitskräftebilanz für das Jahr 1973 (vgl. Übersicht 7) zeigt im Vergleich zum Vorjahr ein wesentlich günstigeres Bild. Im einzelnen ist bei den Arbeitsmarkttaggregaten mit folgenden Veränderungen (je-weils gegenüber dem Vorjahr) zu rechnen:

- **Das inländische Arbeitskräftepotential** vermindert sich gegenüber dem Vorjahr um ca. 230 000 Personen (— 0,9 %). Dieser Rückgang ist wegen der Einführung der flexiblen Altersgrenze um rund 50000 Personen höher als im Vorjahr (vgl. hierzu Abschnitt 4.1).
- Mit etwa 10 000 Personen ist die Abnahme bei den **inländischen Erwerbstätigen** erheblich geringer als die des Potentials. Das bedeutet, daß die Unterauslastung des inländischen Arbeitskräftepotentials im Jahre 1973 stark abgebaut wird. Bei

Übersicht 7

„Arbeitskräftebilanz“ (Entwicklung des Erwerbspotentials, der Erwerbstätigen und der nichtbeschäftigten Erwerbspersonen von 1970–1973; Inlandskonzept)¹⁾

Jahresdurchschnitt	Erwerbspersonen (Potential)			Erwerbstätige						Nichtbeschäftigte Erwerbspersonen				
	Insgesamt	davon		Insgesamt	davon				darunter Inländische Erwerbstätige	Insgesamt	davon			
		Inländer	Ausländer ²⁾		Selbständige und mit-helfende Familienangehörige	Arbeitnehmer					Insgesamt	Registrierte Arbeitslose		Sonstige nichtbeschäftigte Erwerbspersonen (Stille Reserve)
						Insgesamt	Inländer	Ausländer ³⁾				Insgesamt	arbeitslose Inländer	
1	2	3	4	5	6				7	8	9			10
– in 1000 Personen –														
1970	26557	24745	1812	26408	4227	22181	20374	1807	24601	149	149	144	5	–
1971	26744	24604	2140	26447	4067	22380	20252	2128	24319	297	185	173	12	112
1972	26717	24416	2301	26247	3933	22314	20030	2284	23963	470	246	229	17	224
1973	26640	24185	2455	26400	3800	22600	20150	2450	23950	240	180	175	5	60
– Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1000 Personen –														
1970	+ 240	– 203	+ 443	+ 323	– 191	+ 514	+ 73	+ 441	– 118	– 83	– 30	– 32	+ 2	– 53
1971	+ 187	– 141	+ 328	+ 39	– 160	+ 199	– 122	+ 321	– 282	+ 148	+ 36	+ 29	+ 7	+ 112
1972	– 27	– 188	+ 161	– 200	– 134	– 66	– 222	+ 156	– 356	+ 173	+ 61	+ 56	+ 5	+ 112
1973	– 77	– 231	+ 154	+ 153	– 133	+ 286	+ 120	+ 166	– 13	– 230	– 66	– 54	– 12	– 164
– Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % –														
1970	+ 0,9	– 0,8	+ 32,4	+ 1,2	– 4,3	+ 2,4	+ 0,4	+ 32,3	– 0,5	– 35,8	– 16,8	– 18,2	·	·
1971	+ 0,7	– 0,6	+ 18,1	+ 0,1	– 3,8	+ 0,9	– 0,6	+ 17,8	– 1,1	+ 99,3	+ 24,2	+ 20,1	·	·
1972	– 0,1	– 0,8	+ 7,5	– 0,8	– 3,3	– 0,3	– 1,1	+ 7,3	– 1,5	+ 58,2	+ 33,0	+ 32,4	·	·
1973	– 0,3	– 0,9	+ 6,7	+ 0,6	– 3,4	+ 1,3	+ 0,6	+ 7,3	– 0,1	– 48,9	– 26,8	– 23,6	·	·

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse

²⁾ Im Bundesgebiet beschäftigte ausländische Arbeitnehmer und arbeitslose Ausländer (ausländische Erwerbspersonen)

³⁾ Im Bundesgebiet beschäftigte ausländische Arbeitnehmer

den registrierten und nicht registrierten Arbeitslosen („Stille Reserve“) ist mit folgenden Entwicklungen zu rechnen:

Die Zahl der inländischen Arbeitslosen wird sich um knapp 55 000 Personen vermindern (- 23,6 %). Berücksichtigt man darüber hinaus, daß auch die Zahl der in der Bundesrepublik Deutschland registrierten ausländischen Arbeitslosen um gut 10000 Personen abnehmen wird, dann ist im Jahresdurchschnitt 1973 mit 180000 registrierten Arbeitslosen zu rechnen (davon 175000 Inländer und 5000 Ausländer). Die Arbeitslosenquote (Anteil der registrierten Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen) vermindert sich von 1,1 % im Jahre 1972 auf 0,8 % im Jahre 1973.

Stärker noch als die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird die „Stille Reserve“ zurückgehen, und zwar um ca. 165 000 Personen oder fast 75 %. Im Jahresdurchschnitt wird es dann noch 60 000 nicht registrierte Arbeitslose geben. Gegen Jahresende dürfte der konjunkturell bedingte Rückgang der Erwerbsbeteiligung wieder aufgeholt und damit die „Stille Reserve“ wieder vollständig abgebaut sein.

- Die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer wird um etwa 165000 Personen oder ca. + 7% steigen, nahezu ebenso stark wie im Vorjahr. Nach 2,28 Mio. ausländischen Arbeitnehmern im Jahresdurchschnitt 1972 werden damit 1973 durch-

schnittlich 2,45 Mio. Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt sein.

Die gegenüber 1972 nahezu unveränderte Zunahme überrascht insofern, als sich in den beiden Jahren die Zahl der inländischen Erwerbstätigen — bei relativ gleich großer Abnahme des inländischen Arbeitskräftepotentials — völlig unterschiedlich entwickelte: Während 1972 ein Rückgang von -1,5% zu verzeichnen war, wird sich die Zahl der inländischen Erwerbstätigen 1973 kaum verändern (— 0,1 %). Die leichte Abschwächung im Beschäftigungsgrad hat sich also diesmal, anders als 1967, überwiegend auf die Erwerbstätigkeit der Inländer ausgewirkt¹⁷⁾.

4.4 Arbeitsvolumen und Auslastungsgrad

Für 1973 ist mit einem Wiederanstieg des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumens um gut 1 % zu rechnen. Er wird sich voraussichtlich zu gleichen Teilen auf die individuelle tägliche Arbeitszeit wie auf die Zahl der Erwerbstätigen verteilen (die Zahl der Arbeitstage ist in beiden Jahren gleich groß).

Rechnerisch ergibt sich aus dieser Konstellation von Sozialprodukts- und Arbeitsvolumenwachstum eine Steigerung der durchschnittlichen Produktivität je geleisteter Stunde von nur knapp 4 %. Diese Rate erscheint im Vergleich zu entsprechenden früheren Erfahrungen verhältnismäßig niedrig. Mit der hier unterstellten Entwicklung des Arbeitsvolumens wäre eher ein etwas stärkeres Wachstum von Produktivität und Produkt vereinbar.

¹⁷⁾ In einem gegenwärtig laufenden Projekt des IAB soll u. a. auch versucht werden, diese Entwicklung zu analysieren.

Die hier skizzierte Entwicklung wird im Laufe des Jahres 1973 zu einer Vollausslastung des *inländischen* potentiellen Arbeitsvolumens (Arbeitspotentials) führen. Allerdings ist das inländische Arbeitspotential, wie es hier verstanden wird, keine absolut unveränderliche Größe, zumal die Erwerbsbeteiligung der verheirateten Frauen, wie die Erfahrung in der letzten Hochkonjunktur gezeigt hat, bei starker Arbeitskräftenachfrage und entsprechender arbeitsmarktpolitischer Förderung über das hier angenommene Ausmaß hinausgehen könnte. Die für den Jahresdurchschnitt errechnete geringfügige Unterauslastung (— 0,6 %) wird im Laufe des Jahres durch Ausgleich des in den vergangenen zwei Jahren eingetretenen konjunkturell bedingten Rückgangs der individuellen Jahresarbeitszeit wie auch — wie oben erörtert — durch den Abbau konjunktureller Arbeitslosigkeit (offener und versteckter Art) behoben werden. Das angebotene inländische Arbeitsvolumen wird bei einer derartigen Entwicklung zum Jahresende hin wieder so ausgeschöpft werden, wie dies 1970 und in den davorliegenden Jahren guter Konjunktur der Fall gewesen war.

Saldiert man die Zunahme der ausländischen Arbeitnehmer gegen den Rückgang der inländischen Erwerbstätigen, so ergibt sich 1973 ein gegenüber dem Vorjahr *um gut 150000 Personen (+ 1/2 %) erhöhter* Erwerbstätigenstand (26,4 Mio.).

Übersicht 8
Entstehung des realen Sozialprodukts¹⁾
— Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % —

Merkmal	1970 ²⁾	1971 ²⁾	1972 ²⁾	1973 ³⁾
Tägliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen	—0,6	—1,5	—0,7	+ 1/2
Arbeitstage-Effekt	+0,2	+0,2	—0,2	± 0
Jährliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen	—0,4	—1,3	—0,9	+ 1/2
Zahl der Erwerbstätigen	+1,2	+0,1	—0,8	+ 1/2
Arbeitsvolumen	+0,8	—1,1	—1,6	+1
Produktivität je Beschäftigtenstunde je Erwerbstätigen	+5,1	+3,9	+4,6	+4
	+4,6	+2,6	+3,7	+4 1/2
Bruttoinlandsprodukt, real ¹⁾	+5,9	+2,7	+2,9	+5

¹⁾ In Preisen von 1962

²⁾ Vorläufig

³⁾ Schätzung

Quelle: Statistisches Bundesamt; Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung; eigene Berechnungen.

Auf einen Ausblick auf die Arbeitsmarktentwicklung im Jahre 1974 muß hier aus verschiedenen Gründen verzichtet werden. Einmal ist die mutmaßliche Entwicklung der Produktion und damit der Arbeitskräftenachfrage im Jahre 1974 noch nicht zu übersehen. Zum anderen ist aber auch die Veränderung beim inländischen Arbeitskräftepotential im nächsten Jahr gegenwärtig schwer abzuschätzen. Vor allem müssen das Erwerbsverhalten und seine Veränderung — der wichtigste Baustein der Potentialprognose — erneut analysiert werden, wenn die revidierten Zeitreihen

Außerdem muß abgewartet werden, in welchem Ausmaß die Regelung zur flexiblen Altersgrenze tatsächlich in Anspruch genommen wird. Wir hoffen, in der nächsten Arbeitsmarktprognose *im Herbst 1973* einen auf gesicherten Daten gegründeten Ausblick auf 1974 geben zu können.

4.5 Kontensystem zur Erwerbstätigkeit

In der Arbeitskräftebilanz werden bei den einzelnen Arbeitsmarkttaggregaten neben den Bestandszahlen lediglich die Bestandsveränderungen (Salden) ausgewiesen. Da sich arbeitsmarktpolitische Maßnahmen aber primär an den „Bruttoströmen“ zu orientieren haben, ist es notwendig, die sich hinter — oft nur geringfügigen — Nettoveränderungen verbergenden Bruttozu- und -abgänge sichtbar zu machen. Das kann mit Hilfe eines Kostensystems geschehen, wie es das IAB bereits in den Arbeitsmarktprognosen der beiden vergangenen Jahre vorgelegt hat. Dieses Kontensystem wurde hier in wenig veränderter Form weitergeführt. Es unterscheidet zwischen folgenden drei Kontengruppen:

(1) Potentialkonten, auf denen — getrennt nach Inländern und Ausländern — das Arbeitskräfteangebot ausgewiesen wird (inländisches Erwerbspersonenpotential und ausländische Erwerbspersonen);

(2) Beschäftigungskonten, die den tatsächlichen Bestand an beschäftigten Arbeitskräften zum Ausdruck bringen (Arbeitnehmer, getrennt nach In- und Ausländern; Selbständige und mithelfende Familienangehörige) und gleichzeitig Auskunft geben über die Inanspruchnahme des verfügbaren Arbeitskräftepotentials (registrierte Arbeitslose, getrennt nach In- und Ausländern; „Stille Reserve“);

(3) Potentialveränderungskonten — wiederum getrennt für In- und Ausländer —, die Veränderungen des Potentials bewirkende Bruttoströme sichtbar machen sollen.

Das hier vorgelegte Kontensystem ist in sich geschlossen; alle Veränderungen können auf den aufgeführten Konten gebucht und gegengebucht werden. Dabei ist zwischen „potentialwirksamen“ Buchungen einerseits und „potentialneutralen“ Vorgängen andererseits zu unterscheiden:

(1) „Potentialneutral“ sind alle Umschichtungen *innerhalb* der gleichen Kontengruppe (z. B. Aufnahme einer abhängigen Beschäftigung durch bisher registrierte Arbeitslose; Einbürgerung von ausländischen Erwerbspersonen, die weiterhin erwerbstätig bleiben). Buchung und Gegenbuchung erfolgen in der *gleichen* Kontengruppe.

(2) „Potentialwirksam“ sind dagegen alle Vorgänge *zwischen* den Kontengruppen (z. B. Ausscheiden von inländischen Arbeitnehmern aus dem Erwerbsleben). Buchung und Gegenbuchung erfolgen in *verschiedenen* Kontengruppen (Beschäftigungskonten und Potentialveränderungskonten)¹⁸⁾.

Als nachteilig bei dieser Form des Kostensystems erweist sich vor allem, daß die der Erwerbstätigkeitsphase vor- und nachgelagerten Phasen nicht in das System mit einbezogen sind. Bedingt dadurch können die potentialverändernden Ströme nur unzureichend sichtbar gemacht werden. Geplant ist deshalb, das Kontensystem in diese Richtung weiterzuentwickeln. Vorrangig ist aber, die bisher im vorliegenden Kon-

¹⁸⁾ Die zwischengeschalteten Potentialveränderungskonten sollen den Saldo der Potentialveränderungen sichtbar machen.

tensystem noch vielfach saldierten Ströme in Bruttozu- und -abgänge zu zerlegen. Hierzu können insbesondere die bereits vom Statistischen Bundesamt im Rahmen des Mikrozensus durchgeführten Längsschnitterhebungen sowie die Untersuchung des IAB über Berufsverläufe bei männlichen Erwerbspersonen herangezogen werden. Später werden dazu auch Angaben aus der neuen Beschäftigtenstatistik anfallen.

5. Zur Arbeitsmarktentwicklung 1973 in den Bundesländern und Landesarbeitsamtsbezirken

5.1 Datenlage und Methode der regionalen Arbeitsmarktprognose

Die Erarbeitung einer kurzfristigen regionalen Arbeitsmarkt vorausschau ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt dadurch erschwert, daß die regionalstatistische Datenbasis erheblich unvollständiger ist als vor einem Jahr. Aufgrund der zum Teil starken Abweichungen der Volkszählungsergebnisse 1970 von den Fortschreibungswerten bei Bevölkerung und Erwerbstätigkeit ist eine grundlegende Revision dieser Zeitreihen vom Jahr 1962 ab erforderlich geworden. Diese Rückrechnung ist nach Bundesländern bisher nur für den demographischen Teil durchgeführt, eine korrigierte Erwerbstätigenzeitreihe liegt bislang nur für das Bundesgebiet insgesamt vor. Daher konnte diese regionale Vorausschätzung nicht in der gleichen Untergliederung geleistet werden wie die vorgegangene. Auf die Darstellung der zukünftigen Beschäftigtenentwicklung nach Wirtschaftsbereichen mußte verzichtet werden. Auch konnten keine Angaben zur Erwerbstätigkeit insgesamt für die Jahre vor der Volkszählung ausgewiesen werden. Eine Verfeinerung wurde allerdings dadurch erreicht, daß die aus der Volkszählung 1970 resultierenden Pendler-salden zwischen den Bundesländern in die Prognose eingearbeitet wurden und daher realistischere Arbeitskräfteangebotsrechnungen möglich waren. Dagegen stand dieses Mal keine auf das Bundesergebnis abgestimmte koordinierte Bevölkerungsprognose der Statistischen Landesämter zur Verfügung. Die regionale Bevölkerungsvorausschätzung mußte aus der Globalprognose abgeleitet werden.

Der methodische Ansatz sowie die Problematik der regionalen kurzfristigen Arbeitsmarkt vorausschätzungen sind in den Vorbemerkungen zur letzten Regionalprognose ausführlich erläutert worden (MittAB, 4/1971).

Bei der Berechnung des zukünftigen Arbeitskräfteangebots wurde das Potentialkonzept der Globalprognose verwendet. Auf der Nachfrageseite dagegen konnte – wegen des Fehlens einer koordinierten regionalen Sozialproduktsprognose – das im Globalteil angewandte Verfahren der indirekten Beschäftigten-

Vorausschätzung über die Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt und Produktivität nicht eingehalten werden. Hier mußte aus der Beobachtung der regionalen Entwicklungstendenzen in einzelnen Wirtschaftsbereichen (Industrie, Bauhauptgewerbe) die zukünftige Gesamtnachfrage nach Arbeitskräften autonom geschätzt werden. In einem zweiten Schritt wurde iterativ die Konsistenz mit der Globalprognose hergestellt. Die Berechnung von Bruttoinlandsprodukt und Produktivität in den Regionen diente lediglich der Plausibilitätskontrolle.

Erstmals wurde in diesem Jahr versucht, die Beschäftigung in der Industrie nach Ländern und Industriehauptgruppen vorauszuschätzen. Dies erfolgte nach dem methodischen Konzept der „Shift-Analyse“¹⁹). Dieses Konzept geht davon aus, daß der tatsächliche Wirtschaftsverlauf in einer bestimmten regionalen Einheit in zwei Komponenten zerlegt werden kann: eine Wirtschaftszweigstruktur-Komponente (häufig einfach als „Strukturkomponente“ bezeichnet), und eine Standortkomponente. In der Strukturkomponente schlägt sich die überregionale Entwicklung eines Wirtschaftszweigs nieder, die hier mit der bundesdurchschnittlichen Wirtschaftszweigentwicklung gleichgesetzt wurde²⁰).

Ein Anlegen der bundesdurchschnittlichen Veränderungsrate eines Wirtschaftszweigs (einer industriellen Hauptgruppe usw.) an die zweigspezifische Beschäftigtenzahl des Vorjahres t_{n-1} in einer bestimmten Region ergibt die sogenannte „hypothetische“ oder „standortneutrale“ Beschäftigung im darauffolgenden Jahr t_n . Diese „hypothetische“ Beschäftigung wäre ohne Einfluß regionaler Faktoren in der betreffenden Region erreicht worden. Die Differenz aus tatsächlicher Beschäftigung im Jahre t_n und hypothetischer Beschäftigung im Jahre t_n ergibt eine Meßzahl für die Summe, genauer den „Saldo“ aller positiven und negativen regionalspezifischen Einflüsse auf die wirtschaftszweigspezifische Entwicklung in dieser Region. Diese Meßzahl in % der tatsächlichen Beschäftigung im Jahre t_n wird hier als „Standortfaktor“ definiert²¹). Diese Standortfaktoren wurden für die Industriebeschäftigung nach Hauptgruppen und Ländern für die Jahre 1966 bis 1972 jährlich und als jährlicher Durchschnitt dieses Zeitraums errechnet.

Die Prognose erfolgte in zwei Schritten: Zunächst wurde eine hypothetische regionale Entwicklung der Industriebeschäftigten nach Hauptgruppen durch Anlegen der für 1973 prognostizierten bundesdurchschnittlichen Veränderungsrate (vgl. Übersicht 6) an die Jahresdurchschnittswerte der Länder für 1972 (vgl. Tabelle 14) errechnet.

Diese hypothetische Beschäftigung wurde dann mit Hilfe der jeweiligen jahresdurchschnittlichen Standortfaktoren korrigiert. Die Ergebnisse dieser Schätzung wurden anhand vorliegender Zeitreihen der regionalen Beschäftigtenentwicklung auf Plausibilität überprüft. Bei dieser Plausibilitätskontrolle wurden krassere regionale Abweichungen eher zugunsten vorsichtigerer Schätzungen korrigiert.

Es ist klar, daß dieser erste Versuch einer Vorausschätzung mit Hilfe regionaler Standortfaktoren mit Mängeln behaftet ist. So sind ja nicht die eigentlichen Determinanten regionaler Besonderheiten Grundlage der Analyse, sondern lediglich der „Saldo“ aller re-

¹⁹) Die strukturelle und konjunkturelle Entwicklung der Industriebeschäftigung in den Ländern und Landesarbeitsamtsbezirken ab 1960 ist Gegenstand einer ausführlicheren Untersuchung im laufenden Forschungsprogramm des IAB.

²⁰) Diese Definition vernachlässigt einen Aspekt, der besonders bei Konzentration bestimmter Wirtschaftszweige in wenigen Regionen Gewicht bekommt: In die bundesdurchschnittliche Entwicklung sind bei der Durchschnittsbildung bereits die regionalen Strukturen mit eingegangen. Da im folgenden nur mit industriellen Hauptgruppen gearbeitet wurde, wurde dieses Interdependenzproblem weitgehend ignoriert bzw. durch Plausibilitätsüberlegungen (z. B. beim Bergbau) in Einzelfällen berücksichtigt.

²¹) In der Literatur finden sich verschiedene, zum Teil kompliziertere Anwendungen der regionalen Komponentenzerlegung. Ausführlicher wird im Rahmen der erwähnten Untersuchung auf die verschiedenen Konzepte eingegangen werden.

gionalen Besonderheiten in ihrer Wirkung auf die Beschäftigung, ausgedrückt im Standortfaktor. Außerdem wird unterstellt, daß keine grundlegenden Änderungen im Gefüge der Standortvorteile und Standortnachteile eintreten. Diese Annahme erscheint jedoch zumindest für eine kurzfristige Schätzung als akzeptabel.

Aus alledem ergibt sich, daß diese Prognose der regionalen Industriebeschäftigung in erster Linie Anhaltspunkte für die künftige Entwicklungsrichtung liefern kann.

5.2 Regionale Arbeitsmarktentwicklung

In den Tabellen 9 bis 20 sind die Ergebnisse der regionalen Arbeitsmarktprognose ausgewiesen. Bei der Erläuterung der zukünftigen Entwicklung wird das Schwergewicht auf den *absoluten* Veränderungen der einzelnen Aggregate gegenüber dem Vorjahr liegen. Die in den Tabellen ausgewiesenen *relativen* Veränderungen stellen rechnerische Ergebnisse des Vergleichs gerundeter Zahlen dar. Eine Interpretation dieser Veränderungsdaten ist besonders bei kleinen Zahlen problematisch.

In den einzelnen Bundesländern und Landesarbeitsamtsbezirken werden folgende Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt erwartet:

Schleswig-Holstein

Wie schon in den Vorjahren werden sich auch 1973 Wohnbevölkerung und Arbeitskräfteangebot in Schleswig-Holstein positiver entwickeln als im Bundesdurchschnitt. Bei einer Zunahme der Einwohner um 11 000 Personen bleibt die Zahl der Erwerbspersonen konstant, und die Erwerbsquote sinkt geringfügig auf 41,0%. Dabei muß berücksichtigt werden, daß nahezu 9% des schleswig-holsteinischen Arbeitskräfteangebots (ca. 90000 Personen) vom benachbarten Land Hamburg absorbiert werden. Der bereits 1972 beobachtete starke Ausländerzustrom dürfte auch 1973 anhalten.

Die Ausländerquote wird bei 38000 ausländischen Arbeitnehmern auf 4,7 % ansteigen, aber weiterhin die niedrigste im Bundesgebiet bleiben.

Der allgemein erwartete Beschäftigtenanstieg wird in Schleswig-Holstein deutlicher sein als im Bundesdurchschnitt. Nachdem die Zahl der Arbeitnehmer auch 1972 – im Jahr des konjunkturellen Tiefpunkts – noch geringfügig gegenüber dem Vorjahr angestiegen war, wird sie sich 1973 um 15000 Personen bzw. 1,9 % beträchtlich erhöhen. Die Erwerbstätigenzahl insgesamt dürfte um 9000 Personen über derjenigen von 1972 liegen.

Die Durchschnittszahl von 12000 registrierten Arbeitslosen 1972 wird im Jahr 1973 auf 10000 Personen zurückgehen. Das entspricht immerhin noch einer Arbeitslosenquote von 1,2 % und liegt deutlich höher als der Vergleichswert des Bundesgebietes insgesamt von 0,8 %. Daneben wird die unregistrierte Arbeitslosigkeit in Höhe von etwa 2000 Personen bestehen bleiben.

Industriebeschäftigung

Der zu erwartende Anstieg der Industriebeschäftigten (+ 1500 Personen) wird mit ca. + 1 % knapp über der bundesdurchschnittlichen Wachstumsrate liegen. Er

wird vor allem von einer überdurchschnittlichen Zunahme um 2500 bis 3000 Beschäftigte im Investitionsgüterbereich getragen werden. Ein leichter Rückgang bei der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie, der einem seit 1965 für Schleswig-Holstein zu beobachtenden Trend entspricht, fällt wegen des relativ niedrigen Anteils an der Industriebeschäftigung (1972: 12,5%) für die Gesamtentwicklung kaum ins Gewicht.

Hamburg

Parallel zu der abnehmenden Wohnbevölkerung — im Jahre 1973 nahezu 20000 Personen gegenüber dem Vorjahr – wird auch das hamburgische Arbeitskräfteangebot um 5000 Personen und damit stärker als im Bundesdurchschnitt zurückgehen. Die Erwerbsbeteiligung erhöht sich auf 46,8 % und erreicht damit erstmals den höchsten Wert unter den Bundesländern. Daneben muß allerdings berücksichtigt werden, daß Hamburg in erheblichem Umfang Arbeitskräfte aus den benachbarten Bundesländern anzieht. Der Einpendlerüberschuß in Höhe von etwa 120000 Personen kommt zu drei Vierteln aus Schleswig-Holstein und zu einem Viertel aus Niedersachsen. Bei einer voraussichtlichen Zunahme der Zahl ausländischer Arbeitskräfte um 4000 Personen steigt die hamburgische Ausländerquote auf über 8 %. Nachdem der konjunkturelle Beschäftigungsabbau in den Jahren 1971 und 1972 in Hamburg ausgeprägter war als im Bundesdurchschnitt, ist auch 1973 nur mit einer schwächeren Belegung als im gesamten Bundesgebiet zu rechnen. Der Mehrbedarf an Erwerbstätigen dürfte bei etwa 2000 Personen liegen. Im Jahresdurchschnitt 1973 wird sich die registrierte Arbeitslosigkeit um etwa 1000 Personen abbauen lassen. Daneben dürften in Höhe von rund 2000 Personen „Stille Reserven“ bestehen bleiben.

Industriebeschäftigung

Mit Ausnahme der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie wird sich der bereits in den letzten Jahren beobachtete überdurchschnittliche Abbau der Beschäftigtenzahlen auch 1973 in abgeschwächter Form fortsetzen. Es ist mit einem Rückgang der Industriebeschäftigung um 2000 Personen bis 3000 Personen zu rechnen.

Landesarbeitsamtsbezirk Schleswig-Holstein/Hamburg

Der überdurchschnittliche Anstieg von Arbeitskräfteangebot und Beschäftigung in Schleswig-Holstein ergibt zusammen mit den schwächeren Tendenzen im Land Hamburg für den Landesarbeitsamtsbezirk insgesamt 1973 eine Entwicklung, die etwa derjenigen im Bundesgebiet entspricht.

Die Erwerbsbeteiligung dürfte nicht so stark wie im Bundesdurchschnitt zurückgehen. Die Ausländerbeschäftigung wird voraussichtlich um 8000 Personen, die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt um 11 000 Personen zunehmen.

Bei einem Jahresdurchschnitt von 13 000 Arbeitslosen liegt die Arbeitslosenquote mit 0,8 % genauso hoch wie im Bundesgebiet.

Industriebeschäftigung

Für die Industriebeschäftigung ergibt sich trotz leicht überdurchschnittlicher Tendenzen in Schleswig-Hol-

stein aufgrund der Hamburger Entwicklung insgesamt eine eher unterdurchschnittliche Entwicklung.

Niedersachsen

Die Entwicklung in Niedersachsen ist weitgehend identisch mit den Veränderungen der einzelnen Aggregate im Bundesdurchschnitt. Das Arbeitskräfteangebot wird wie schon im Vorjahr auch 1973 abnehmen. Bei einem Rückgang um 10000 Erwerbspersonen sinkt die Erwerbsbeteiligung um 0,2 %-Punkte auf 42,0 %. Niedersachsen hat dazu einen Berufsauspendlersaldo von etwa 100000 Personen, der rund zur Hälfte vom Land Bremen und zur anderen Hälfte von Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Hessen absorbiert wird. Die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte dürfte sich 1973 um 10000 Personen erhöhen, die Ausländerquote damit 6,0 % erreichen.

Die Beschäftigung wird in Niedersachsen voraussichtlich im selben Maße ansteigen wie im Bundesgebiet insgesamt. Nachdem die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 1972 gegenüber dem Vorjahr um 26000 Personen zurückgegangen ist, wird 1973 ein Mehrbedarf von 18 000 Personen auftreten.

Entsprechend der gegenläufigen Entwicklung von Arbeitskräfteangebot und -nachfrage ist 1973 eine Abnahme der jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenquote in Niedersachsen auf unter 30000 Personen zu erwarten. Die sich daraus ergebende Arbeitslosenquote von 1,3% liegt allerdings noch immer beträchtlich über derjenigen des gesamten Bundesgebiets. Die unregistrierte Arbeitslosigkeit ist daneben auf rund 7000 Personen zu veranschlagen.

Industriebeschäftigung

Die gesamte Industriebeschäftigung dürfte 1973 in Niedersachsen mit + 1 % (+ 9000 Personen) relativ stark zunehmen. Im Jahr 1972 erfolgte ein kräftiger Abbau, der sich auf den Investitionsgüterbereich, und dort vor allem auf den Fahrzeugbau, konzentrierte. Für 1973 ist ein verhältnismäßig starker Anstieg in der Investitionsgüterindustrie zu erwarten, wobei die prognostizierte Zunahme um knapp 10000 Beschäftigte eher über- als unterschritten werden dürfte. Das Bild in den übrigen Hauptgruppen ist uneinheitlich: Die Beschäftigung im Bergbau dürfte mit — 5 % nicht so stark abgebaut werden wie im Bundesdurchschnitt (- 8 %). In der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie wird die Entwicklung stagnieren oder leicht rückläufig sein. Dieses Zurückbleiben hinter der Bundesentwicklung war seit 1965 stärker ausgeprägt, als für 1973 zu erwarten ist. Die übrigen beiden Hauptbereiche Verbrauchsgüter- bzw. Nahrungs- und Genußmittelindustrie werden, wenn überhaupt, nur geringfügig vom Bundesdurchschnitt nach oben abweichen.

Bremen

Wie bereits im Jahre 1972 so wird auch 1973 die Entwicklung der Wohnbevölkerung in Bremen leicht rückläufig sein. Allerdings ist dieser Rückgang weit weniger ausgeprägt als bei den anderen Stadtstaaten. Die Zahl der Erwerbspersonen dürfte in Bremen um 1000 Personen geringfügig abnehmen, die Erwerbsquote mit 42,9% konstant bleiben. Daneben wird das niedersächsische Arbeitskräfteangebot wei-

terhin in Höhe von etwa 55 000 Personen in Anspruch genommen werden. Auch die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte wird 1973 um mindestens 2000 Personen zunehmen, die Ausländerquote auf über 6 % ansteigen.

Der Mehrbedarf an Erwerbstätigen wird 1973 etwa 3000 Personen betragen. Damit wird der jahresdurchschnittliche Bestand von 1971 nahezu wieder erreicht. Mit einer Arbeitslosenzahl von rund 4000 Personen im Jahr 1973 verringert sich die Arbeitslosenquote von 1,8% im Vorjahr auf 1,2% im Prognosezeitraum. Die unregistrierte Arbeitslosigkeit kann auf etwa 1000 Personen veranschlagt werden.

Industriebeschäftigung

Im Gegensatz zu Hamburg wird die Industriebeschäftigung in Bremen zumindest nicht zurückgehen. Die Entwicklung der Hauptgruppen wird nur wenig vom Bundesdurchschnitt abweichen.

Landesarbeitsamtsbezirk Niedersachsen/Bremen

Der zusammengefaßte Arbeitsmarkt der Länder Niedersachsen und Bremen bewegt sich in seinen Tendenzen im Prognosejahr 1973 etwa im Rahmen des Bundesdurchschnitts. Einem Rückgang der Erwerbspersonenzahl um 0,3 % wird ein Mehrbedarf an Erwerbstätigen von 0,6 % gegenüberstehen. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte um 13000 auf etwa 33000 Personen zurückgehen. Die Arbeitslosenquote wird weiterhin über 1 % liegen.

Industriebeschäftigung

Die Tendenzen bei der Industriebeschäftigung bewegen sich 1973 um oder leicht über dem Bundesdurchschnitt, wobei in der Investitionsgüterindustrie aufgrund der Entwicklung in Niedersachsen mit einem etwas kräftigeren Anstieg der Beschäftigung zu rechnen ist.

Nordrhein-Westfalen

Die voraussichtliche konjunkturelle Arbeitsmarktbelegung wird im Jahr 1973 in Nordrhein-Westfalen schwächer sein als im Bundesgebiet insgesamt.

Bei einer relativ starken Abnahme der Zahl der Erwerbspersonen um etwa 0,7 % (- 47 000 Personen) dürfte die Erwerbsbeteiligung um 0,3%-Punkte auf 40,7 % zurückgehen. Aus benachbarten Bundesländern wird das Arbeitskräfteangebot nur in vergleichsweise geringem Umfang absorbiert. Der positive Pendlersaldo beträgt etwa 20000 Erwerbstätige. Allerdings wird die zusätzliche Inanspruchnahme des ausländischen Arbeitskräfteangebots in Höhe von 39000 Personen die Ausländerquote 1973 auf über 11 % ansteigen lassen. Der Beschäftigungsanstieg wird mit + 0,3 % geringer sein als im Bundesdurchschnitt. Im Jahresdurchschnitt ist ein Mehrbedarf von rund 20 000 Erwerbstätigen zu erwarten.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird im Durchschnitt des Jahres 1973 um etwa 20000 Personen unter dem Vergleichswert des Vorjahres liegen. Daraus resultiert eine Arbeitslosenquote von 0,9 %. Es muß angenommen werden, daß noch „Stille Reserven“ in Höhe von mindestens 17000 Personen bestehen bleiben.

Industriebeschäftigung

Für die zukünftige Industriebeschäftigung in Nordrhein-Westfalen werden die Strukturprobleme der Kohlewirtschaft weiterhin eine wesentliche Rolle spielen. Es muß mit einer mindestens bundesdurchschnittlichen, wenn nicht stärkeren Abnahme der Beschäftigung im Bergbau um 8 bis 9 % gerechnet werden, d. h. mit einer Verminderung um ca. 19000 Arbeitnehmer. Für die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie wird eine knapp über dem Bundesdurchschnitt liegende Zunahme (+ 5000 Beschäftigte) als wahrscheinlich angenommen. In der Investitionsgüterindustrie ist ebenfalls mit einer leicht überdurchschnittlichen Beschäftigtenentwicklung zu rechnen (+ 18000 Personen). Da jedoch der Rückgang in der Kohleindustrie stark auf die Gesamtzahl durchschlägt, wird die Industriebeschäftigung trotz einer Steigerung bei den meisten übrigen Hauptgruppen insgesamt mit + 5000 Beschäftigten nur wenig zunehmen.

Hessen

An den vergleichsweise schwachen konjunkturellen Beschäftigungsrückgang im Jahr 1972 wird sich in Hessen 1973 eine überproportional starke konjunkturelle Belebung anschließen. Wie schon in den Vorjahren wird die hessische Wohnbevölkerung mit + 0,5% (30000 Personen) in stärkerem Maße steigen als die Bevölkerung im Bundesgebiet insgesamt.

Bei leicht rückläufiger Erwerbspersonenzahl verringert sich die Erwerbsquote um 0,2 %-Punkte und dürfte erstmalig unter 44 % liegen. Die Pendlerbilanz Hessens mit dem übrigen Bundesgebiet ist nahezu ausgeglichen. Der Bestand an ausländischen Arbeitnehmern wird 1973 wie bereits im Vorjahr voraussichtlich wieder um rund 20000 Personen zunehmen. Daraus ergibt sich eine Ausländerquote von 14%. Hessen liegt mit diesem Anteil weiterhin nach Baden-Württemberg an zweiter Stelle in der Ausländerbeschäftigung. Die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt wird 1973 um 0,8% bzw. 19000 Personen ansteigen. Damit wäre der Beschäftigungsrückgang des Vorjahres mehr als ausgeglichen.

Die Arbeitslosigkeit wird 1973 im Jahresdurchschnitt in Hessen um ein Drittel niedriger sein als im Vorjahr. Damit sinkt die Arbeitslosenquote auf 0,7 %. Neben etwa 14000 registrierten Arbeitslosen ist noch in Höhe von 5000 Personen mit unregistrierten Arbeitslosen zu rechnen.

Industriebeschäftigung

Die überproportionale konjunkturelle Belebung setzt sich auch bei der Beschäftigtenentwicklung in der Industrie fort (+ 8000 Personen). Vor allem bei der Investitionsgüterindustrie sind stärkere Impulse zu erwarten (Zunahme um + 7000 bis + 8000 Beschäftigte). Lediglich in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie könnte der Rückgang noch stärker als im Bundesdurchschnitt sein.

Rheinland-Pfalz

Die konjunkturelle Arbeitsmarktbelebung im Jahr 1973 wird in Rheinland-Pfalz stärker sein als im Bundesdurchschnitt. Die rheinland-pfälzische Wohnbevölkerung wird — wie in den Vorjahren — vergleichsweise schwach ansteigen. Ein Grund dafür dürfte in

dem im Vergleich zu den meisten anderen Bundesländern geringen Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung liegen. Bei einer nahezu konstanten Erwerbspersonenzahl wird die Erwerbsbeteiligung nur geringfügig auf 41,7% sinken. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Erwerbspersonen des Landes Rheinland-Pfalz wird von den benachbarten Bundesländern abgezogen. Der negative Berufspendlersaldo beläuft sich auf mehr als 60 000 Personen. Wie schon in den Vorjahren wird auch 1973 der Zustrom an ausländischen Arbeitskräften in Rheinland-Pfalz relativ stärker sein als im Bundesgebiet insgesamt. Die Ausländerquote dürfte auf 6,9 % ansteigen.

Der voraussichtliche Beschäftigungsanstieg von 0,9% bzw. 13000 Erwerbstätigen im Jahr 1973 gegenüber dem Vorjahr ist deutlich stärker als im Bundesgebiet insgesamt.

Dementsprechend kann auch ein beträchtlicher Abbau der Arbeitslosigkeit erwartet werden. Im Jahresdurchschnitt dürfte die Zahl der registrierten Arbeitslosen von 13 000 Personen 1972 auf etwa 8000 Personen im Jahr 1973 zurückgehen. Das entspräche einer Arbeitslosenquote von 0,8%. Die restliche unregistrierte Arbeitslosigkeit wird auf rund 3000 Personen veranschlagt.

Industriebeschäftigung

Die Industriebeschäftigung wird um 3500 Personen, gleich + 1 % zunehmen. Vor allem in der Investitionsgüterindustrie werden die Beschäftigtenzahlen überproportional ansteigen (um ca. 4000 Beschäftigte im Jahresdurchschnitt). In der Verbrauchsgüter- und der Nahrungs- und Genußmittelindustrie wird zumindest der Bundesdurchschnitt erreicht, während für die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie ein eher schwächerer Verlauf anzunehmen ist.

Saarland

Der konjunkturelle Abschwung des Jahres 1972 war im Saarland bedeutend schwächer als im Bundesdurchschnitt; die 1973 zu erwartenden konjunkturellen Auftriebendenzen werden voraussichtlich ebenfalls nicht so ausgeprägt sein wie im gesamten Bundesgebiet.

Die strukturellen Probleme der saarländischen Wirtschaft dürften hier die konjunkturellen Bewegungen stark überlagern.

Die Wohnbevölkerung im Saarland wird 1973 wie schon im Vorjahr leicht abnehmen. Bei ebenfalls rückläufiger Erwerbspersonenzahl wird die ohnehin niedrigste Erwerbsbeteiligung aller Bundesländer um weitere 0,2 %-Punkte auf 37,4 % sinken. Allerdings steht dem Saarland bei einem positiven Pendlersaldo von etwa 15000 Erwerbstätigen in erheblichem Umfang Arbeitskräftepotential der benachbarten Bundesländer zur Verfügung. Die Ausweitung der Ausländerbeschäftigung dürfte sich 1973 mit zusätzlich etwa 2000 ausländischen Arbeitnehmern weiterhin abschwächen. Daraus wird eine Ausländerquote von 7,9 % resultieren.

Nachdem im Jahre 1972 das Beschäftigungsniveau des Vorjahres nahezu aufrechterhalten werden konnte, ist 1973 mit einem Mehrbedarf von etwa 2000 Erwerbstätigen zu rechnen.

Dementsprechend wird die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenzahl 1973 um mindestens 1000 Personen unter der des Vorjahres liegen. Die daraus folgende Arbeitslosenquote von 1,3% ist aber weiterhin beträchtlich höher als der Wert von 0,8 % für das Bundesgebiet insgesamt. Allerdings dürfte die unregistrierte Arbeitslosigkeit auf unter 1000 Personen absinken.

Industriebeschäftigung

Während im Bereich der Verarbeitenden Industrie eine durchschnittliche bis leicht überdurchschnittliche Beschäftigungszunahme (+ 3000 Personen) zu erwarten ist, führt der Rückgang der Beschäftigung im Bergbau um — 2000 Erwerbstätige zu einer nur wenig nach oben gerichteten Gesamttendenz. Der Beschäftigtenabbau im Bergbau dürfte mit einer etwas geringeren Prozenzrate (- 6 bis - 7 %) erfolgen als in Nordrhein-Westfalen.

Landesarbeitsamtsbezirk Rheinland-Pfalz/Saarland

Im LAA-Bezirk wird 1973 die leicht unterdurchschnittliche Arbeitsmarktentwicklung einiger Aggregate im Saarland durch positivere Tendenzen in Rheinland-Pfalz mehr als kompensiert. Die Erwerbsbeteiligung wird nahezu konstant bleiben, aber mit 40,7 % weiterhin die niedrigste von allen betrachteten Regionen sein. Die ebenfalls vergleichsweise niedrige Ausländerquote wird auf über 7 % ansteigen. Der Mehrbedarf an Erwerbstätigen wird mit +0,8% (25000 Personen) relativ stärker sein als die Zunahme im gesamten Bundesgebiet. Registrierte und unregistrierte Arbeitslosigkeit zusammen dürften 1973 auf etwa 17000 Personen zurückgehen.

Industriebeschäftigung

Der Einfluß des größeren Bundeslandes Rheinland-Pfalz wird trotz der unterdurchschnittlichen Zunahme im Saarland zu einer etwas über dem Durchschnitt liegenden Beschäftigtenentwicklung im Landesarbeitsamtsbezirk Rheinland-Pfalz/Saarland führen, wobei die Investitionsgüterindustrie Hauptträger des Aufschwungs sein wird.

Baden-Württemberg

Für das Jahr 1973 zeichnet sich bei Baden-Württemberg eine relativ kräftige konjunkturelle Arbeitsmarktbelebung ab.

Das Wachstum der Wohnbevölkerung wird — wie auch in den vergangenen Jahren — wegen des hohen Ausländeranteils stärker sein als im Bundesdurchschnitt. Bei nahezu konstanter Erwerbspersonenzahl ist ein geringfügiger Rückgang der Erwerbsquote auf 45,5 % zu erwarten. Daneben zieht Baden-Württemberg in Höhe von mehr als 60 000 Erwerbstätigen Arbeitskräftepotential aus anderen Bundesländern ab. Die Ausländerbeschäftigung ist 1972 nur unterproportional angestiegen, dürfte sich aber im Prognosejahr bei etwa durchschnittlichem Wachstum auf nahezu 600 000 Personen erhöhen. Die Ausländerquote wird mit 16,7% weiterhin die höchste im Bundesgebiet sein. Der konjunkturelle Beschäftigungsrückgang des Jahres 1972 wird in Baden-Württemberg

1973 mehr als ausgeglichen. Der Mehrbedarf an Erwerbstätigen wird mit 32000 Personen relativ größer sein als im Bundesdurchschnitt.

In Baden-Württemberg, dem Land mit der vergleichsweise geringsten Arbeitslosigkeit, wird die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenzahl 1973 mit rund 10000 Personen um ein Drittel niedriger sein als im Vorjahr. Die Arbeitslosenquote wird damit auf 0,3 % sinken. Allerdings muß die unregistrierte Arbeitslosigkeit noch auf nahezu 9000 Personen veranschlagt werden.

Industriebeschäftigung

Die Industriebeschäftigung wird sich 1973 mit einem Anstieg um mindestens 15000 Personen ebenfalls überdurchschnittlich entwickeln, wobei die überdurchschnittliche Zunahme beinahe ausschließlich auf den Investitionsgüterbereich entfallen wird. Bei den übrigen Hauptgruppen dürfte sich die Entwicklung um den Bundesdurchschnitt bewegen.

Landesarbeitsamtsbezirk Nordbayern

Im LAA-Bezirk Nordbayern werden — wie auch in den übrigen süddeutschen Regionen — die expansiven Arbeitsmarkttendenzen 1973 vergleichsweise stark ausgeprägt sein.

Die Wachstumsrate der Bevölkerung wird weiterhin unter derjenigen des gesamten Bundesgebietes liegen. Jedoch dürfte sich die Zahl der Erwerbspersonen positiver entwickeln und somit die Erwerbsbeteiligung mit 45,5 % nicht unter den Vorjahresstand absinken. Nordbayern hat gegenüber dem übrigen Bundesgebiet einen negativen Berufspendlersaldo von 15000 Personen. Im Jahresdurchschnitt 1973 werden rund 9000 ausländische Arbeitnehmer mehr in Nordbayern sein als im Vorjahr. Die Ausländerquote wird damit auf 6,8 % steigen, aber weiterhin die niedrigste bei den süddeutschen Regionen sein. Bei einem voraussichtlichen Mehrbedarf von fast 2000 Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt 1973 ist ein relativ kräftiger Beschäftigungsanstieg im Landesarbeitsamtsbezirk zu erwarten.

Die im Jahre 1972 im Vergleich zu allen anderen Regionen am schwächsten angestiegene Arbeitslosigkeit in Nordbayern wird 1973 voraussichtlich um mindestens 5000 Personen zurückgehen. Aus einem Bestand von 17000 Arbeitslosen ergibt sich eine Arbeitslosenquote von 1,0% im Jahresdurchschnitt. Die unregistrierte Arbeitslosenzahl dürfte sich auf etwa 5000 Personen vermindern.

Landesarbeitsamtsbezirk Südbayern

Die konjunkturellen Auftriebstendenzen am Arbeitsmarkt des LAA-Bezirks Südbayern werden 1973 ebenso wie im nördlichen Teil des Landes stärker ausgeprägt sein als im Bundesdurchschnitt.

Wie schon in den Vorjahren wird das Wachstum der Wohnbevölkerung im LAA-Bezirk 1973 stärker sein als im Bundesdurchschnitt. Die Zahl der Erwerbspersonen kann 1973 im Vergleich zum Vorjahr als nahezu konstant angenommen werden. Daraus ergibt sich mit 46,2 % eine um 0,4 %-Punkte niedrigere Erwerbsbeteiligung als 1972. Mit dieser Erwerbsquote liegt Südbayern an der Spitze aller Flächenländer;

nur in Hamburg wird eine höhere Erwerbsbeteiligung verzeichnet. Südbayern verliert bei einem negativen Pendlersaldo von etwa 13000 Personen allerdings einen geringen Teil seines Arbeitskräftepotentials an Baden-Württemberg. Der Anstieg der Ausländerbeschäftigung wird auch 1973 im LAA-Bezirk etwas stärker sein als im Bundesdurchschnitt. Nach Baden-Württemberg und Hessen wird Südbayern mit 13,1 % weiterhin die dritthöchste Ausländerquote haben.

Der konjunkturelle Beschäftigtenrückgang im Jahre 1972 war in Südbayern bedeutend geringer als im Bundesdurchschnitt. 1973 wird ein Mehrbedarf an Erwerbstätigen von rund 20000 Personen bzw. + 0,8 % auftreten. Dieser Beschäftigungsanstieg ist relativ stärker als derjenige im gesamten Bundesgebiet.

Die jahresdurchschnittliche Zahl der registrierten Arbeitslosen wird 1973 in Südbayern bei 19000 Personen liegen, die Arbeitslosenquote bei 0,9 %. Daneben werden „Stille Reserven“ in Höhe von rund 6000 Personen bestehenbleiben.

Bayern

Auf dem Gesamtarbeitsmarkt des Landes Bayern werden sich entsprechend den überproportional positiven Tendenzen in den beiden Teilen die konjunkturellen Auftriebskräfte 1973 ebenfalls deutlich zeigen.

Bei weiterhin starkem Bevölkerungswachstum und nur geringfügig steigender Erwerbspersonenzahl wird die Erwerbsbeteiligung in Bayern auf 45,9 % zurückgehen, aber weiterhin unter den Flächenländern an der Spitze liegen.

Die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer dürfte sich auf 400000 Personen erhöhen, die Ausländerquote erstmals über 10 % liegen.

Bei einem deutlichen Beschäftigungsanstieg wird die registrierte Arbeitslosigkeit auf 36000 Personen im Jahresdurchschnitt 1973 zurückgehen. Die „Stille Reserve“ muß daneben auf noch etwa 10000 Personen veranschlagt werden.

Industriebeschäftigung

Die auch in früheren Jahren beobachtete überdurchschnittliche Zunahme der Industriebeschäftigung setzt sich 1973 fort (+ 13000 Personen). Lediglich bei der

Nahrungs- und Genußmittelindustrie gibt es möglicherweise einen etwas stärkeren Rückgang als im Bundesdurchschnitt.

Eine Aufspaltung der Vorausschätzung für die Landesarbeitsbezirke konnte dieses Jahr noch nicht vorgenommen werden.

Berlin (West)

Der Arbeitsmarktprognose für Berlin (West) konnte als einziger eine Sozialproduktsvorausschätzung zugrundegelegt werden²²).

Auf dieser Basis konnte die voraussichtliche Beschäftigungsentwicklung hier mit größerer Sicherheit als bei den anderen Regionen abgeschätzt werden.

Ausgehend von einem Wachstum des realen Brutto-sozialprodukts im Jahre 1973 um 4,5 % kann in Berlin (West) noch nicht mit einem Anstieg des Beschäftigungsniveaus gegenüber dem Vorjahr gerechnet werden.

Wie schon in den Vorjahren wird auch 1973 die Bevölkerung Berlins und damit das inländische Arbeitskräftepotential stark abnehmen. Die Zahl der Erwerbspersonen wird 1973 um 6000 Personen unter dem Vorjahreswert liegen, und die Erwerbsbeteiligung auf 45,1 % zurückgehen. Das Wachstum der Ausländerbeschäftigung dürfte sich weiter verlangsamten. Dennoch wird die Ausländerquote erstmalig auf über 10 % ansteigen.

Nach dem überaus starken Beschäftigungsabbau im Jahre 1972 um etwa 24000 Erwerbstätige wird auch 1973 noch ein geringer Minderbedarf von etwa 4000 Personen zu erwarten sein.

Dabei dürfte sich die Arbeitslosigkeit von 11 000 registrierten Arbeitslosen im Durchschnitt des Jahres 1972 auf 7000 Personen im Prognosejahr vermindern. Die Arbeitslosenquote sinkt damit auf 0,8%. Die unregistrierte Arbeitslosigkeit wird auf etwa 2000 Personen geschätzt.

Industriebeschäftigung

In Berlin (West) wird die Industriebeschäftigung 1973 relativ am stärksten von allen bisher behandelten Gebietseinheiten abnehmen. Allerdings wird die Abnahme (-4000 bis -5000 Beschäftigte) nicht im gleichen Ausmaß wie in den Jahren 1971/72 erfolgen.

Der Rückgang macht sich vor allem in der Investitionsgüterindustrie bemerkbar, in der sich gut 60 % aller Industriebeschäftigten befinden.

²²) DIW, Wochenbericht 1/1973, Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung in Berlin (West) 1972/73.

Kontensystem

Veränderungen am Arbeitsmarkt in den Jahren 1970 bis 1973

Kontengruppe 1: Potentialkonten

11. Inländische Erwerbspersonen (Potential)

Buch.-Nr.	Position	Gegenbuch.-Nr.	1970	1971	1972	1973	Buch.-Nr.	Position	Gegenbuch.-Nr.	1970	1971	1972	1973
	Bestand und Zugänge		1000 Personen					Abgänge		1000 Personen			
-	„Anfangsbestand“ (= Vorjahresdurchschnitt)	-	24948	24745	24604	24416	11.51	Nettoabgänge aus dem Erwerbsleben	31.02	203	141	188	231
-	„Endbestand“: Jeweiliger Jahresdurchschnitt (Saldo)	-	24745	24604	24416	24185	-		-	24745	24604	24416	24185

12. Ausländische Erwerbspersonen

-	„Anfangsbestand“ (= Vorjahresdurchschnitt)	-	1369	1812	2140	2301	-		-				
12.01	Nettozugänge aus dem Ausland	32.52	443	328	164	154	-	„Endbestand“: Jeweiliger Jahresdurchschnitt (Saldo)	-	1812	2140	2301	2455

Kontengruppe 2: Beschäftigungskonten

21. Inländische Arbeitnehmer

Buch.-Nr.	Position	Gegenbuch.-Nr.	1970	1971	1972	1973	Buch.-Nr.	Position	Gegenbuch.-Nr.	1970	1971	1972	1973
	Abgänge		1000 Personen					Bestand und Zugänge		1000 Personen			
21.01	Nettoabgänge inländischer Arbeitnehmer aus dem Erwerbsleben	31.53	-	-	54	80	-	„Anfangsbestand“ (= Vorjahresdurchschnitt)	-	20301	20374	20252	20030
21.02	Nettoabgänge inländischer Arbeitnehmer in registr. Arbeitslosigkeit (Inländer)	24.51	-	29	56	-	21.51	Nettozugänge von Nichterwerbspersonen in abhängige Beschäftigung	31.01	-	19	-	-
21.03	Abgänge in Stille Reserven	26.51	-	112	112	-	21.52	Arbeitsaufnahme von registr. Arbeitslosen (Inländer)	24.02	20	-	-	36
-	„Endbestand“: Jeweiliger Jahresdurchschnitt (Saldo)	-	20374	20252	20030	20150	21.53	Eingliederung von Stillen Reserven	26.01	53	-	-	164

22. Ausländische Arbeitnehmer

22.01	Bruttoabgänge in das Ausland ¹⁾	32.51	239	283	374	336	-	„Anfangsbestand“ (= Vorjahresdurchschnitt)	-	1366	1807	2128	2284
22.02	Nettoabgänge ausländ. Arbeitnehmer in registr. Arbeitslosigkeit (Ausländer)	25.51	2	7	5	-	22.51	Bruttozugänge aus dem Ausland	32.01	682	611	535	490
-	„Endbestand“: Jeweiliger Jahresdurchschnitt (Saldo)	-	1807	2128	2284	2450	22.52	Arbeitsaufnahme von registr. Arbeitslosen (Ausländer)	25.01	-	-	-	12

¹⁾ Saldiert mit den (nicht von der BA-Statistik erfaßten) sonstigen Bruttozugängen

23. Selbständige und mithelfende Familienangehörige

23.01	Nettoabgänge: Ausscheiden aus dem Erwerbsleben	31.51	191	160	134	133	-	„Anfangsbestand“ (= Vorjahresdurchschnitt)	-	4418	4227	4067	3933
-	„Endbestand“: Jeweiliger Jahresdurchschnitt (Saldo)	-	4227	4067	3933	3800							

24. Registrierte Arbeitslose (Inländer)

Buch.-Nr.	Position	Gegenbuch.-Nr.	1970	1971	1972	1973	Buch.-Nr.	Position	Gegenbuch.-Nr.	1970	1971	1972	1973
	Abgänge		1000 Personen					Bestand und Zugänge		1000 Personen			
24.01	Nettoabgänge: Ausscheiden aus dem Erwerbsleben	31.52	12	-	-	18	24.51	„Anfangsbestand“ (= Vorjahresdurchschnitt)	-	176	144	173	229
24.02	Wiederaufnahme einer abhängigen Beschäftigung	21.52	20	-	-	36	21.02	Nettozugänge aus abhängiger Beschäftigung	-	-	29	56	-
-	„Endbestand“: Jeweiliger Jahresdurchschnitt (Saldo)	-	144	173	229	175							

25. Registrierte Arbeitslose (Ausländer)

25.01	Nettoabgänge: Wiederaufnahme einer abhängigen Beschäftigung	22.52	-	-	-	12	25.51	„Anfangsbestand“ (= Vorjahresdurchschnitt)	-	3	5	12	17
-	„Endbestand“: Jeweiliger Jahresdurchschnitt (Saldo)	-	5	12	17	5	22.02	Nettozugänge aus abhängiger Beschäftigung	-	2	7	5	-

26. Stille Reserve

26.01	Nettoabgänge: Aufnahme einer abhängigen Beschäftigung	21.53	53	-	-	164	26.51	„Anfangsbestand“ (= Vorjahresdurchschnitt)	-	53	-	112	224
-	„Endbestand“: Jeweiliger Jahresdurchschnitt (Saldo)	-	-	112	224	60	21.03	Nettozugänge aus abhängiger Beschäftigung	-	-	112	112	-

Kontengruppe 3: Potentialveränderungskonten

31. Veränderung der inländischen Erwerbspersonen (Potential)

Buch.-Nr.	Position	Gegenbuch.-Nr.	1970	1971	1972	1973	Buch.-Nr.	Position	Gegenbuch.-Nr.	1970	1971	1972	1973
	Zugänge		1000 Personen					Abgänge		1000 Personen			
31.01	Nettozugänge von Nichterwerbspersonen in abhängige Beschäftigung	21.51	-	19	-	-	31.51	Nettoabgänge: von Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen aus dem Erwerbsleben	23.01	191	160	134	133
							31.52	von registrierten Arbeitslosen aus dem Erwerbsleben (Inländer)	24.01	12	-	-	18
31.02	Saldo: Nettoabgänge aus dem Erwerbsleben	11.51	203	141	188	231	31.53	von inländischen Arbeitnehmern aus dem Erwerbsleben	21.01	-	-	54	80

32. Veränderung der ausländischen Erwerbspersonen

32.01	Bruttozugänge von Erwerbspersonen aus dem Ausland	22.51	682	611	535	490	32.51	Bruttoabgänge von Erwerbspersonen in das Ausland ¹⁾	22.01	239	283	374	336
							32.52	Saldo: Nettozugänge aus dem Ausland	12.01	443	328	161	154

¹⁾ Saldiert mit den (nicht von der BA-Statistik erfaßten) sonstigen Bruttozugängen

Tabellenverzeichnis

1. Wohnbevölkerung, Potentialerwerbsquoten und Erwerbspersonenpotential nach Geschlecht 1960 bis 1973 – Inländer und Ausländer – in Tausend –
2. Absolute Veränderungen der Inländererwerbsquoten gegenüber dem Vorjahr 1961 bis 1973 – in %-Punkten –
3. Bewilligte Rentenanträge der Versicherungsträger (Arbeiterrenten-, Angestellten- und Knappschaftsversicherung) 1960 bis 1972 nach Jahren und Halbjahren – in Tausend –
4. Entwicklung der Abgänge aus dem Ausbildungssystem in das Erwerbsleben 1960 bis 1973 nach Jahren und Halbjahren – in Tausend – Jahressumme, Bestand am 30. 6. bzw. 31. 12. –
5. Erwerbstätige nach Wirtschaftszweigen 1970 bis 1973 nach Jahren und Halbjahren (Inlandskonzept) – in Tausend –
6. Erwerbstätige nach Wirtschaftszweigen 1970 bis 1973 nach Jahren und Halbjahren (Inlandskonzept) – Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in % –
7. Bruttoinlandsprodukt (real, zu Preisen von 1962) nach Wirtschaftszweigen 1970–1973 nach Jahren und Halbjahren – Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in % –
8. „Produktivität“ je Erwerbstätigen nach Wirtschaftszweigen 1970–1973 nach Jahren und Halbjahren – Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in % –
9. Arbeitsmarktdaten nach Bundesländern und Landesarbeitsamtsbezirken 1960 und 1972
10. Wohnbevölkerung in den Bundesländern und Landesarbeitsamtsbezirken 1960 bis 1973
11. Erwerbspersonen (Potential) in den Bundesländern und Landesarbeitsamtsbezirken 1960 bis 1973
12. Erwerbsquoten in den Bundesländern und Landesarbeitsamtsbezirken 1960 bis 1973 (Jahresdurchschnitte)
13. Erwerbstätige (Inlandskonzept) in den Bundesländern und Landesarbeitsamtsbezirken 1960 bis 1973 (Jahresdurchschnitte)
14. Industriebeschäftigte in den Bundesländern und Landesarbeitsamtsbezirken nach Hauptgruppen 1960, 1970–1973 (Jahresdurchschnitte)
15. Arbeitnehmer (Inlandskonzept) in den Bundesländern und Landesarbeitsamtsbezirken 1960 bis 1973 (Jahresdurchschnitte)
16. Ausländische Arbeitnehmer in den Bundesländern und Landesarbeitsamtsbezirken 1960 bis 1973 (Jahresdurchschnitte)
17. Ausländerquoten in den Bundesländern und Landesarbeitsamtsbezirken 1960 bis 1973 (Jahresdurchschnitte)
18. Arbeitslose in den Bundesländern und Landesarbeitsamtsbezirken 1960 bis 1973 (Jahresdurchschnitte)
19. Bruttoinlandsprodukt in den Bundesländern und Landesarbeitsamtsbezirken 1967 bis 1973 – in Preisen von 1962 –
20. Entwicklung der Produktivität in den Bundesländern und Landesarbeitsamtsbezirken 1971 bis 1973

Tabelle 1
Wohnbevölkerung, Potentialerwerbsquoten und Erwerbspersonenpotential nach Geschlecht 1960 bis 1973
– Inländer und Ausländer – in Tausend* –

Jahr	Erwerbsmerkmale	In- und Ausländer			Inländer			Ausländer ²⁾		
		Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1960	Wohnbevölkerung	25 974	29 459	55 433	25 700	29 357	55 057	274	102	376
	darunter:									
	Personen über 14 Jahre	19 949	23 677	43 626	19 702	23 598	43 300	247	79	326
	Erwerbsquoten	82,91	41,79	60,59	82,78	41,75	60,42	92,71	55,70	83,74
	Erwerbspotential	16 539	9 895	26 434	16 310	9 851	26 161	229	44	273
1961	Wohnbevölkerung	26 432	29 784	56 216	25 991	29 612	55 603	441	172	613
	darunter:									
	Personen über 14 Jahre	20 187	23 852	44 039	19 790	23 719	43 509	397	133	530
	Erwerbsquoten	82,80	41,59	60,48	82,48	41,49	60,13	98,99	59,40	89,06
	Erwerbspotential	16 715	9 919	26 634	16 322	9 840	26 162	393	79	472
1962	Wohnbevölkerung	26 795	30 042	56 837	26 188	29 807	55 995	607	235	842
	darunter:									
	Personen über 14 Jahre	20 403	23 970	44 373	19 869	23 800	43 669	534	170	704
	Erwerbsquoten	82,59	41,16	60,21	82,23	40,96	59,74	96,07	68,82	89,49
	Erwerbspotential	16 851	9 865	26 716	16 338	9 748	26 086	513	117	630
1963	Wohnbevölkerung	27 102	30 287	57 389	26 363	29 978	56 341	739	309	1 048
	darunter:									
	Personen über 14 Jahre	20 571	24 086	44 657	19 943	23 867	43 810	628	219	847
	Erwerbsquoten	82,44	40,74	59,95	81,98	40,42	59,34	97,13	75,34	91,50
	Erwerbspotential	16 959	9 813	26 772	16 349	9 648	25 997	610	165	775
1964	Wohnbevölkerung	27 411	30 560	57 971	26 554	30 196	56 750	857	364	1 221
	darunter:									
	Personen über 14 Jahre	20 749	24 232	44 981	20 036	23 973	44 009	713	259	972
	Erwerbsquoten	82,02	40,32	59,56	81,46	39,89	58,82	97,90	79,54	93,00
	Erwerbspotential	17 019	9 770	26 789	16 321	9 564	25 885	698	206	904
1965	Wohnbevölkerung	27 787	30 832	58 619	26 738	30 378	57 116	1 049	454	1 503
	darunter:									
	Personen über 14 Jahre	20 995	24 384	45 379	20 122	24 076	44 198	873	308	1 181
	Erwerbsquoten	81,44	40,11	59,23	80,72	39,52	58,28	97,94	86,36	94,92
	Erwerbspotential	17 098	9 780	26 878	16 243	9 514	25 757	855	266	1 121
1966	Wohnbevölkerung	28 062	31 086	59 148	26 915	30 542	57 457	1 147	544	1 691
	darunter:									
	Personen über 14 Jahre	21 139	24 516	45 655	20 195	24 141	44 336	944	375	1 319
	Erwerbsquoten	80,73	39,76	58,73	79,93	39,03	57,66	97,78	86,67	94,62
	Erwerbspotential	17 065	9 748	26 813	16 142	9 423	25 565	923	325	1 248
1967	Wohnbevölkerung	28 047	31 239	59 286	27 136	30 733	57 869	911	506	1 417
	darunter:									
	Personen über 14 Jahre	21 034	24 566	45 600	20 300	24 204	44 504	734	362	1 096
	Erwerbsquoten	79,95	39,14	57,96	79,25	38,48	57,08	99,32	83,15	93,98
	Erwerbspotential	16 817	9 614	26 431	16 088	9 313	25 401	729	301	1 030
1968	Wohnbevölkerung	28 131	31 369	59 500	27 237	30 853	58 090	894	516	1 410
	darunter:									
	Personen über 14 Jahre	21 029	24 611	45 640	20 296	24 246	44 542	733	365	1 098
	Erwerbsquoten	79,40	38,59	57,39	78,73	37,91	56,51	97,95	84,11	93,35
	Erwerbspotential	16 697	9 498	26 195	15 979	9 191	25 170	718	307	1 025
1969	Wohnbevölkerung	28 479	31 588	60 067	27 328	30 924	58 252	1 151	664	1 815
	darunter:									
	Personen über 14 Jahre	21 296	24 759	46 055	20 313	24 259	44 572	983	500	1 483
	Erwerbsquoten	79,04	38,31	57,14	78,13	37,42	55,97	97,76	81,60	92,31
	Erwerbspotential	16 832	9 485	26 317	15 871	9 077	24 948	961	408	1 369
1970	Wohnbevölkerung	28 867	31 784	60 651	27 342	30 900	58 242	1 525	884	2 409
	darunter:									
	Personen über 14 Jahre	21 660	24 982	46 642	20 350	24 297	44 647	1 310	685	1 995
	Erwerbsquoten	78,63	38,13	56,94	77,40	37,02	55,42	97,79	77,52	90,83
	Erwerbspotential	17 032	9 525	26 557	15 751	8 994	24 745	1 281	531	1 812
1971	Wohnbevölkerung	29 255	32 029	61 284	27 455	31 029	58 484	1 800	1 000	2 800
	darunter:									
	Personen über 14 Jahre	22 016	25 157	47 173	20 478	24 387	44 865	1 538	770	2 308
	Erwerbsquoten	78,05	38,01	56,69	76,47	36,68	54,84	99,02	80,13	92,72
	Erwerbspotential	17 183	9 561	26 744	15 660	8 944	24 604	1 523	617	2 140
1972	Wohnbevölkerung	29 458	32 212	61 670	27 513	31 097	58 610	1 945	1 115	3 060
	darunter:									
	Personen über 14 Jahre	22 255	25 367	47 622	20 590	24 492	45 082	1 665	875	2 540
	Erwerbsquoten	77,00	37,77	56,10	75,36	36,34	54,16	97,30	77,83	90,59
	Erwerbspotential	17 136	9 581	26 717	15 516	8 900	24 416	1 620	681	2 301
1973 ¹⁾	Wohnbevölkerung	29 520	32 309	61 829	27 493	31 051	58 544	2 027	1 258	3 285
	darunter:									
	Personen über 14 Jahre	22 457	25 502	47 959	20 681	24 550	45 231	1 776	952	2 728
	Erwerbsquoten	76,14	37,42	55,55	74,34	35,89	53,47	97,02	76,89	90,00
	Erwerbspotential	17 098	9 542	26 640	15 375	8 810	24 185	1 723	732	2 455

*) Geringe Differenzen durch Runden der Zahlen

1) Schätzung

2) Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer und arbeitslose Ausländer (abhängige Erwerbspersonen) sowie vorläufige Annahmen über deren Angehörige

Quellen: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen

Tabelle 2**Absolute Veränderungen der Inländererwerbsquoten gegenüber dem Vorjahr 1961 bis 1973**

– in %-Punkten –

Jahr	Potential- erwerbsquoten ⁶⁾	Komponenten der Potentialerwerbsquotenänderung			Effektive Erwerbsquoten ⁶⁾	Konjunkturelle Abweichung (Spalte 6 minus Spalte 2)
		Demographisch	Trend, institutionell	Sondereinflüsse		
1	2	3	4	5	6	7
1961	- 0,29	- 0,05	- 0,24	-	- 0,11	+ 0,18
1962	- 0,39	- 0,14	- 0,25	-	- 0,39	-
1963	- 0,40	- 0,24	- 0,16	-	- 0,40	-
1964	- 0,52	- 0,23	- 0,29	-	- 0,52	-
1965	- 0,54	- 0,34	- 0,20	-	- 0,54	-
1966	- 0,62	- 0,31	- 0,23	- 0,08 ²⁾	- 0,77	- 0,15
1967	- 0,58	- 0,22	- 0,23	- 0,13 ²⁾	- 1,05	- 0,47
1968	- 0,57	- 0,28	- 0,23	- 0,06 ²⁾	- 0,40	+ 0,17
1969	- 0,54	- 0,15	- 0,28	- 0,11 ³⁾	- 0,21	+ 0,33
1970	- 0,55	- 0,20	- 0,35	-	- 0,43	+ 0,12
1971	- 0,58	- 0,08	- 0,50	-	- 0,83	- 0,25
1972	- 0,68	- 0,13	- 0,55	-	- 0,93	- 0,25
1973 ¹⁾	- 0,69	- 0,04	- 0,55	- 0,10 ⁴⁾	- 0,33	+ 0,36

1) Schätzung

2) Einfluß der Frühverrentung und des Ausscheidens von Rentnern aus dem Erwerbsleben

3) Einführung des 9. Schuljahres in Bayern

4) Vermutliche Entzugswirkung der Inanspruchnahme der flexiblen Altersgrenze

5) Aus Tabelle 1, Spalte 8

6) Einheimische Erwerbspersonen, bezogen auf die Inländerwohnbevölkerung im Alter von mehr als 14 Jahren aus Tabelle 1

Tabelle 3**Bewilligte Rentenanträge der Versicherungsträger (Arbeiterrenten-, Angestellten- und Knappschaftsversicherung) 1960 bis 1972 nach Jahren und Halbjahren – in Tausend –**

Jahr Halbjahr	Bewilligte Rentenanträge (ohne Witwen- und Waisenrenten) der . . .			
	Arbeiter- renten- versiche- rung	Ange- stellten- versiche- rung	Knapp- schafts- versiche- rung ²⁾	Ins- gesamt
1	2	3	4	5
1960 ¹⁾ 1. Halbjahr	205	49	42	296
2. Halbjahr	209	46	41	296
Jahr	414	95	83	592
1961 1. Halbjahr	214	46	34	294
2. Halbjahr	211	50	33	294
Jahr	425	96	67	588
1962 1. Halbjahr	209	55	32	296
2. Halbjahr	217	57	33	307
Jahr	426	112	65	603
1963 1. Halbjahr	209	48	30	287
2. Halbjahr	229	58	34	321
Jahr	438	106	64	608
1964 1. Halbjahr	220	57	29	306
2. Halbjahr	255	58	32	345
Jahr	475	115	61	651
1965 1. Halbjahr	251	58	28	337
2. Halbjahr	243	54	28	325
Jahr	494	112	56	662
1966 1. Halbjahr	251	61	18	330
2. Halbjahr	277	59	37	373
Jahr	528	120	55	703

Jahr Halbjahr	Bewilligte Rentenanträge (ohne Witwen- und Waisenrenten) der . . .			
	Arbeiter- renten- versiche- rung	Ange- stellten- versiche- rung	Knapp- schafts- versiche- rung ²⁾	Ins- gesamt
1	2	3	4	5
1967 1. Halbjahr	290	67	35	392
2. Halbjahr	278	72	31	381
Jahr	568	139	66	773
1968 1. Halbjahr	261	69	28	358
2. Halbjahr	292	70	30	392
Jahr	553	139	58	750
1969 1. Halbjahr	290	69	29	388
2. Halbjahr	288	71	27	386
Jahr	578	140	56	774
1970 1. Halbjahr	276	78	27	381
2. Halbjahr	284	74	23	381
Jahr	560	152	50	762
1971 1. Halbjahr	274	79	30	383
2. Halbjahr	284	71	28	383
Jahr	558	150	58	766
1972 1. Halbjahr	280	74	24	378
2. Halbj. ¹⁾	278	72	23	373
Jahr ¹⁾	558	146	47	751

1) Vorläufig, IV. Quartal geschätzt

2) Geschätzter Anteil der reinen Versichertenrenten

Quelle: Arbeits- und Sozialstatistische Mitteilungen, Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

Tabelle 4

Entwicklung der Abgänge aus dem Ausbildungssystem in das Erwerbsleben 1960 bis 1973 nach Jahren und Halbjahren – in Tausend – Jahressumme, Bestand am 30. 6. bzw. 31. 12. –

Jahr Halbjahr	Abgänge ins Erwerbsleben ¹⁾ aus . . .															Rückflüsse aus dem Er- werbsleben in das Aus- bildungs- system ²⁾			Netto- zugänge aus dem Ausbil- dungs- system ins Erwerbs- leben			
	Allgemein- bildenden Schulen			Berufsfach- schulen und Fachschulen			Ingenieur- u. Techniker- schulen			Hoch- schulen			Abgänge insgesamt									
	M	W	Σ	M	W	Σ	M	W	Σ	M	W	Σ	M	W	Σ	M	W	Σ	M	W	Σ	
1960																						
1. Halbjahr	199	167	366	28	54	82	7	.	7	12	5	17	246	226	472	33	22	55	213	204	417	
2. Halbjahr	55	47	102	28	54	82	6	.	6	11	4	15	100	105	205	33	21	54	67	84	151	
Jahr	254	214	468	56	108	164	13	.	13	23	9	32	346	331	677	66	43	109	280	288	568	
1961																						
1. Halbjahr	232	199	431	29	50	79	7	.	7	11	6	17	279	255	534	32	21	53	247	234	481	
2. Halbjahr	67	57	124	28	49	77	7	.	7	11	5	16	113	111	224	32	21	53	81	90	171	
Jahr	299	256	555	57	99	156	14	.	14	22	11	33	392	366	758	64	42	106	328	324	652	
1962																						
1. Halbjahr	211	177	388	28	50	78	10	.	10	12	7	19	261	234	495	34	20	54	227	214	441	
2. Halbjahr	70	60	130	28	49	77	11	.	11	11	6	17	120	115	235	34	20	54	86	95	181	
Jahr	281	237	518	56	99	155	21	.	21	23	13	36	381	349	730	68	40	108	313	309	622	
1963																						
1. Halbjahr	236	201	437	26	44	70	10	.	10	12	8	20	284	253	537	34	19	53	250	234	484	
2. Halbjahr	67	57	124	26	43	69	11	.	11	12	7	19	116	107	223	34	19	53	82	88	170	
Jahr	303	258	561	52	87	139	21	.	21	24	15	39	400	360	760	68	38	106	332	322	654	
1964																						
1. Halbjahr	238	204	442	26	44	70	11	.	11	12	8	20	287	256	543	34	20	54	253	236	489	
2. Halbjahr	67	57	124	25	43	68	12	.	12	11	7	18	115	107	222	34	20	54	81	87	168	
Jahr	305	261	566	51	87	138	23	.	23	23	15	38	402	363	765	68	40	108	334	323	657	
1965																						
1. Halbjahr	237	200	437	25	45	70	10	1	11	14	9	23	286	255	541	34	20	54	252	235	487	
2. Halbjahr	64	55	119	25	44	69	10	.	10	13	8	21	112	107	219	34	19	53	78	88	166	
Jahr	301	255	556	50	89	139	20	1	21	27	17	44	398	362	760	68	39	107	330	323	653	
1966																						
1. Halbjahr	227	205	432	26	47	73	11	1	12	14	8	22	278	261	539	34	20	54	244	241	485	
2. Halbjahr	114	94	208	26	47	73	10	.	10	15	7	22	165	148	313	34	20	54	131	128	259	
Jahr	341	299	640	52	94	146	21	1	22	29	15	44	443	409	852	68	40	108	375	369	744	
1967																						
1. Halbjahr	94	76	170	27	48	75	11	1	12	15	7	22	147	132	279	34	20	54	113	112	225	
2. Halbjahr	245	208	453	26	47	73	11	.	11	18	9	27	300	264	564	34	19	53	266	245	511	
Jahr	339	284	623	53	95	148	22	1	23	33	16	49	447	396	843	68	39	107	379	357	736	
1968																						
1. Halbjahr	30	25	55	27	48	75	12	1	13	19	10	29	88	84	172	34	20	54	54	64	118	
2. Halbjahr	273	231	504	27	47	74	12	.	12	20	10	30	332	288	620	34	19	53	298	269	567	
Jahr	303	256	559	54	95	149	24	1	25	39	20	59	420	372	792	68	39	107	352	333	685	
1969																						
1. Halbjahr	26	22	48	30	49	79	10	1	11	20	10	30	86	82	168	34	20	54	52	62	114	
2. Halbjahr	241	204	445	29	49	78	8	.	8	21	15	36	299	268	567	34	19	53	265	249	514	
Jahr	267	226	493	59	98	157	18	1	19	41	25	66	385	350	735	68	39	107	317	311	628	
1970 ²⁾																						
1. Halbjahr	33	28	61	27	47	74	11	1	12	20	10	30	91	86	177	35	20	55	56	66	122	
2. Halbjahr	272	227	499	26	46	72	11	.	11	22	16	38	331	289	620	34	19	53	297	270	567	
Jahr	305	255	560	53	93	146	22	1	23	42	26	68	422	375	797	69	39	108	353	336	689	
1971 ²⁾																						
1. Halbjahr	30	25	55	26	48	74	11	1	12	21	13	34	88	87	175	35	20	55	53	67	120	
2. Halbjahr	286	234	520	26	47	73	11	.	11	20	13	33	343	294	637	34	19	53	309	275	584	
Jahr	316	259	575	52	95	147	22	1	23	41	26	67	431	381	812	69	39	108	362	342	704	
1972 ²⁾																						
1. Halbjahr	29	25	54	27	50	77	12	1	13	22	14	36	90	90	180	35	20	55	55	70	125	
2. Halbjahr	295	252	547	27	49	76	11	.	11	21	14	35	354	315	669	34	20	54	320	295	615	
Jahr	324	277	601	54	99	153	23	1	24	43	28	71	444	405	849	69	40	109	375	365	740	
1973 ²⁾																						
1. Halbjahr	30	25	55	28	50	78	12	1	13	22	14	36	92	90	182	35	20	55	57	70	127	
2. Halbjahr	300	256	556	27	50	77	11	.	11	22	14	36	360	320	680	35	20	55	325	300	625	
Jahr	330	281	611	55	100	155	23	1	24	44	28	72	452	410	862	70	40	110	382	370	752	

¹⁾ Bis 1965 Zahlen des Statistischen Bundesamtes, ab 1965 eigene Berechnungen

²⁾ Berufsbildende Schulen ab 1970 Schätzung, allgemeinbildende Schulen ab 1972 Schätzung

³⁾ Nur Rückflüsse in berufsbildende Schulen, Ingenieur- und Technikerschulen und Hochschulen, ohne Weiterbildung

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeit; eigene Berechnungen.

Tabelle 5

Erwerbstätige nach Wirtschaftszweigen 1970 bis 1973 nach Jahren und Halbjahren (Inlandskonzept)

– in Tausend –

Wirtschaftszweig	1970 ¹⁾			1971 ¹⁾			1972 ¹⁾			1973 ²⁾		
	1. Halb-jahr	2. Halb-jahr	Jahr	1. Halb-jahr	2. Halb-jahr	Jahr	1. Halb-jahr	2. Halb-jahr	Jahr	1. Halb-jahr	2. Halb-jahr	Jahr
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
Land- und Forstwirtschaft	1949	1891	1920	1823	1775	1799	1688	1646	1667	.	.	1560
Warenproduzierendes Gewerbe	12993	13243	13118	13043	13091	13067	12817	12921	12869	.	.	12940
Energiewirtschaft und Bergbau	488	490	489	488	484	486	470	458	464	.	.	.
Verarbeitendes Gewerbe	10392	10548	10470	10410	10398	10404	10222	10270	10246	.	.	.
Baugewerbe	2113	2205	2159	2145	2209	2177	2125	2193	2159	.	.	.
Handel und Verkehr	4941	4987	4964	5011	5013	5012	4984	4984	4984	.	.	5040
Handel	3525	3545	3535	3559	3545	3552	3512	3500	3506	.	.	.
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1416	1442	1429	1452	1468	1460	1472	1484	1478	.	.	.
Dienstleistungen	3055	3097	3076	3136	3168	3152	3198	3232	3215	.	.	3300
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	600	616	608	635	649	642	662	676	669	.	.	.
Sonstige Dienstleistungen	2455	2481	2468	2501	2519	2510	2536	2556	2546	.	.	.
Staat	2743	2781	2762	2831	2889	2860	2947	2985	2966	}	.	3550
Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbscharakter	571	565	568	560	554	557	548	544	546			
Wirtschaft insgesamt	26252	26564	26408	26404	26490	26447	26182	26312	26247	26200	26600	26400

Tabelle 6

Erwerbstätige nach Wirtschaftszweigen 1970 bis 1973 nach Jahren und Halbjahren (Inlandskonzept)

– Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in % –

Wirtschaftszweig	1970 ¹⁾			1971 ¹⁾			1972 ¹⁾			1973 ²⁾		
	1. Halb-jahr	2. Halb-jahr	Jahr	1. Halb-jahr	2. Halb-jahr	Jahr	1. Halb-jahr	2. Halb-jahr	Jahr	1. Halb-jahr	2. Halb-jahr	Jahr
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
Land- und Forstwirtschaft	- 7,7	- 8,6	- 8,1	- 6,5	- 6,1	- 6,3	- 7,4	- 7,3	- 7,3	.	.	- 6½
Warenproduzierendes Gewerbe	+ 2,6	+ 2,0	+ 2,3	+ 0,4	- 1,1	- 0,4	- 1,7	- 1,3	- 1,5	.	.	+ ½
Energiewirtschaft und Bergbau	- 2,4	- 0,8	- 1,6	± 0,0	- 1,2	- 0,6	- 3,7	- 5,4	- 4,5	.	.	.
Verarbeitendes Gewerbe	+ 3,2	+ 2,1	+ 2,6	+ 0,2	- 1,4	- 0,6	- 1,8	- 1,2	- 1,5	.	.	.
Baugewerbe	+ 0,8	+ 2,2	+ 1,5	+ 1,5	+ 0,2	+ 0,8	- 0,9	- 0,7	- 0,8	.	.	.
Handel und Verkehr	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,4	+ 0,5	+ 1,0	- 0,5	- 0,6	- 0,6	.	.	+ 1
Handel	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,0	± 0,0	+ 0,5	- 1,3	- 1,3	- 1,3	.	.	.
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	+ 1,9	+ 2,7	+ 2,3	+ 2,5	+ 1,8	+ 2,2	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,2	.	.	.
Dienstleistungen	+ 2,6	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	.	.	+ 2½
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	+ 5,1	+ 5,3	+ 5,2	+ 5,8	+ 5,4	+ 5,6	+ 4,3	+ 4,2	+ 4,2	.	.	.
Sonstige Dienstleistungen	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,4	.	.	.
Staat	+ 2,0	+ 2,5	+ 2,3	+ 3,2	+ 3,9	+ 3,5	+ 4,1	+ 3,3	+ 3,7	}	.	+ 1
Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbscharakter	- 2,4	- 2,4	- 2,4	- 1,9	- 1,9	- 1,9	- 2,1	- 1,8	- 2,0			
Wirtschaft insgesamt	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,2	+ 0,6	- 0,3	+ 0,1	- 0,8	- 0,7	- 0,8	+ 0	+ 1	+ ½

1) Vorläufig

2) Geschätzt

Quelle: Eigene vorläufige Berechnungen auf der Basis der Volks- und Berufszählung 1970.

Tabelle 7

Bruttoinlandsprodukt (real, zu Preisen von 1962) nach Wirtschaftszweigen 1970 bis 1973 nach Jahren und Halbjahren
 – Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in % –

Wirtschaftszweig	1970 ¹⁾			1971 ¹⁾			1972 ²⁾			1973 ³⁾		
	1. Halb-jahr	2. Halb-jahr	Jahr	1. Halb-jahr	2. Halb-jahr	Jahr	1. Halb-jahr	2. Halb-jahr	Jahr	1. Halb-jahr	2. Halb-jahr	Jahr
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
Land- und Forstwirtschaft	- 4,4	+ 6,9	+ 1,2	+ 9,6	+ 2,1	+ 5,7	·	·	- 2,9	·	·	+ 3½
Warenproduzierendes Gewerbe	+ 8,1	+ 4,6	+ 6,3	+ 3,9	+ 0,7	+ 2,3	·	·	+ 2,8	·	·	+ 6
Energiewirtschaft und Bergbau	+ 11,7	+ 7,7	+ 9,7	+ 4,4	+ 2,7	+ 3,5	·	·	·	·	·	·
Verarbeitendes Gewerbe	+ 8,3	+ 3,8	+ 5,9	+ 3,1	+ 0,5	+ 1,8	·	·	·	·	·	·
Baugewerbe	+ 4,5	+ 8,2	+ 6,6	+ 9,6	+ 0,8	+ 4,6	·	·	·	·	·	·
Handel und Verkehr	+ 8,5	+ 4,1	+ 6,1	+ 2,9	+ 1,5	+ 2,2	·	·	+ 2,4	·	·	+ 3½
Handel	+ 8,5	+ 3,6	+ 5,8	+ 2,8	+ 1,6	+ 2,2	·	·	·	·	·	·
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	+ 8,5	+ 5,4	+ 6,8	+ 3,1	+ 1,5	+ 2,3	·	·	·	·	·	·
Dienstleistungen	+ 6,4	+ 6,1	+ 6,2	+ 4,3	+ 3,7	+ 4,0	·	·	+ 4,5	·	·	+ 4
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	+ 9,4	+ 11,8	+ 10,6	+ 6,1	+ 7,9	+ 7,0	·	·	·	·	·	·
Sonstige Dienstleistungen	+ 5,6	+ 4,6	+ 5,1	+ 3,7	+ 2,5	+ 3,1	·	·	·	·	·	·
Staat	+ 5,1	+ 5,4	+ 5,3	+ 4,5	+ 4,2	+ 4,3	}	·	+ 4,9	·	·	+ 2½
Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbscharakter	+ 2,6	+ 2,2	+ 2,4	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,9						
Wirtschaft insgesamt	+ 7,1	+ 4,8	+ 5,9	+ 4,0	+ 1,5	+ 2,7	+ 2,4	+ 3,3	+ 2,9	+ 4½	+ 5½	+ 5

Tabelle 8

„Produktivität“ je Erwerbstitigen⁴⁾ nach Wirtschaftszweigen 1970 bis 1973 nach Jahren und Halbjahren
 – Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in % –

Wirtschaftszweig	1970 ¹⁾			1971 ¹⁾			1972 ²⁾			1973 ³⁾		
	1. Halb-jahr	2. Halb-jahr	Jahr	1. Halb-jahr	2. Halb-jahr	Jahr	1. Halb-jahr	2. Halb-jahr	Jahr	1. Halb-jahr	2. Halb-jahr	Jahr
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
Land- und Forstwirtschaft	+ 3,6	+17,0	+10,2	+17,1	+ 8,8	+12,8	·	·	+ 4,8	·	·	+10
Warenproduzierendes Gewerbe	+ 5,4	+ 2,6	+ 3,9	+ 3,5	+ 1,9	+ 2,7	·	·	+ 4,4	·	·	+ 5½
Energiewirtschaft und Bergbau	+14,4	+ 8,6	+11,4	+ 4,4	+ 4,0	+ 4,2	·	·	·	·	·	·
Verarbeitendes Gewerbe	+ 4,9	+ 1,6	+ 3,2	+ 2,9	+ 2,0	+ 2,4	·	·	·	·	·	·
Baugewerbe	+ 3,7	+ 5,9	+ 5,0	+ 8,0	+ 0,6	+ 3,7	·	·	·	·	·	·
Handel und Verkehr	+ 7,1	+ 2,5	+ 4,6	+ 1,5	+ 1,0	+ 1,2	·	·	+ 2,9	·	·	+ 2½
Handel	+ 7,3	+ 2,4	+ 4,7	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,7	·	·	·	·	·	·
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	+ 6,5	+ 2,6	+ 4,5	+ 0,6	- 0,3	+ 0,1	·	·	·	·	·	·
Dienstleistungen	+ 3,7	+ 3,3	+ 3,5	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,5	·	·	+ 2,5	·	·	+ 1½
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	+ 4,2	+ 6,2	+ 5,2	+ 0,3	+ 2,5	+ 1,4	·	·	·	·	·	·
Sonstige Dienstleistungen	+ 3,4	+ 2,5	+ 3,0	+ 1,8	+ 0,9	+ 1,4	·	·	·	·	·	·
Staat	+ 3,0	+ 2,8	+ 2,9	+ 1,2	+ 0,3	+ 0,7	}	·	+ 2,0	·	·	+ 1½
Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbscharakter	+ 5,1	+ 4,8	+ 4,9	+ 3,9	+ 4,3	+ 3,9						
Wirtschaft insgesamt	+ 5,7	+ 3,7	+ 4,6	+ 3,4	+ 1,8	+ 2,6	+ 3,3	+ 4,0	+ 3,7	+ 4½	+ 4½	+ 4½

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse

²⁾ Erste vorläufige Ergebnisse

³⁾ Schätzung

⁴⁾ Reales Bruttoinlandsprodukt (in Preisen von 1962) je Erwerbstitigen

Quelle: Statistisches Bundesamt; Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Berlin); eigene Berechnungen.

Tabelle 9

Arbeitsmarktdaten nach Bundesländern und Landesarbeitsamtsbezirken 1960 und 1972
(Jahresdurchschnitte)

Bundesländer, Landesarbeitsamtsbezirke	Wohn- bevölkerung				Erwerbs- personen				Erwerbs- quoten ²⁾		Erwerbstätige					
	1960		1972 ¹⁾		1960		1972 ¹⁾		1960		1972 ¹⁾		1960		Industrie	
	in Tsd.	in %	in Tsd.	in %	in Tsd.	in %	in Tsd.	in %			in Tsd.	in %	in Tsd.	in %	in Tsd.	in %
Schleswig-Holstein	2294	4,1	2554	4,1	1003	3,8	1052	3,9	43,7	41,2	894	3,4	955	3,6	168	2,1
Hamburg	1825	3,3	1775	2,9	927	3,5	826	3,1	50,8	46,5	975	3,7	930	3,5	232	2,9
Schleswig-Holstein/Hbg.	4119	7,4	4329	7,0	1930	7,3	1878	7,0	46,9	43,4	1869	7,2	1885	7,2	401	5,0
Niedersachsen	6537	11,8	7199	11,7	3021	11,4	3041	11,4	46,2	42,2	2906	11,1	2880	11,0	700	8,7
Bremen	694	1,3	736	1,2	321	1,2	316	1,2	46,3	42,9	397	1,5	362	1,4	107	1,3
Niedersachsen/Bremen	7231	13,0	7935	12,9	3342	12,6	3357	12,6	46,2	42,3	3304	12,7	3242	12,4	807	10,0
Nordrhein-Westfalen	15704	28,3	17160	27,8	7237	27,4	7037	26,3	46,1	41,0	7043	27,0	6921	26,4	2817	34,9
Hessen	4727	8,5	5511	8,9	2294	8,7	2427	9,1	48,5	44,0	2243	8,6	2386	9,1	648	8,0
Rheinland-Pfalz	3384	6,1	3685	6,0	1568	5,9	1541	5,8	46,3	41,8	1468	5,6	1452	5,5	355	4,4
Saarland	1049	1,9	1121	1,8	435	1,6	421	1,6	41,5	37,6	447	1,7	426	1,6	175	2,2
Rheinland-Pfalz/Saarland	4433	8,0	4806	7,8	2003	7,6	1962	7,3	45,2	40,8	1915	7,3	1878	7,2	529	6,6
Baden-Württemberg	7618	13,7	9117	14,8	3934	14,9	4171	15,6	51,6	45,7	3858	14,8	4183	15,9	1398	17,3
Nordbayern	4461	8,0	4878	7,9	2162	8,2	2218	8,3	48,5	45,5	2262	8,7	2164	8,2	638	7,9
Südbayern	4943	8,9	5859	9,5	2453	9,3	2731	10,2	49,6	46,6	2562	9,8	2673	10,2	538	6,7
Bayern	9404	17,0	10738	17,4	4615	17,5	4949	18,5	49,1	46,1	4824	18,5	4837	18,4	1176	14,6
Berlin (West)	2199	4,0	2072	3,4	1076	4,1	938	3,5	48,9	45,3	1029	3,9	915	3,5	305	3,8
Bundesrepublik Deutschland	55433	100	61670	100	26435	100	26717	100	47,7	43,3	26085	100	26247	100	8081	100

¹⁾ Schätzungen

²⁾ Potential-Erwerbsquoten

Quelle: Amtliche Statistiken und eigene Berechnungen

						Ausländische Arbeitnehmer				Arbeitslose				Bruttoinlandsprodukt, real, in Preisen von 1962			
														1960		1972 ¹⁾	
1972		1960		1972 ¹⁾		1960		1972		1960		1972		1960		1972 ¹⁾	
Tsd.	in %	in Tsd.	in %	in Tsd.	in %	in Tsd.	in %	in Tsd.	in %	in Tsd.	in %	in Tsd.	in %	Mrd. DM	in %	Mrd. DM	in %
188	2,3	61	4,3	61	4,0	3	1,0	34	1,5	21	7,7	12	4,9	10,7	3,3	18,4	3,3
198	2,4	48	3,4	44	2,9	8	2,8	65	2,8	6	2,2	5	2,0	17,6	5,4	27,1	4,8
386	4,6	109	7,8	105	6,9	11	3,8	99	4,3	27	10,0	17	6,9	28,3	8,6	45,5	8,1
778	9,3	179	12,7	175	11,6	13	4,5	134	5,9	42	15,5	40	16,3	34,1	10,4	56,0	10,0
99	1,2	21	1,5	21	1,4	2	0,7	19	0,8	5	1,8	6	2,4	5,6	1,7	8,5	1,5
877	10,5	200	14,2	196	12,9	15	5,2	153	6,7	47	17,3	46	18,7	39,7	12,1	64,5	11,5
602	31,2	394	28,0	381	25,2	89	30,7	650	28,4	54	19,9	73	29,7	99,9	30,4	156,8	28,0
736	8,8	115	8,2	140	9,2	27	9,3	271	11,9	14	5,2	20	8,1	28,0	8,5	51,0	9,1
404	4,8	80	5,7	88	5,8	10	3,4	75	3,3	15	5,5	13	5,3	16,8	5,1	33,0	5,9
169	2,0	31	2,2	22	1,5	11	3,8	29	1,3	3	1,1	6	2,4	6,0	1,8	8,9	1,6
573	6,9	111	7,9	110	7,3	21	7,2	105	4,6	18	6,6	19	7,7	22,8	6,9	41,9	7,5
561	18,7	201	14,3	239	15,8	84	29,0	556	24,3	9	3,3	16	6,5	46,9	14,3	85,1	15,2
700	8,4	101	7,2	121	8,0	9	3,1	110	4,8	31	11,4	22	8,9	22,4	6,8	40,3	7,2
667	8,0	130	9,2	179	11,8	31	10,7	261	11,4	38	14,0	24	9,8	27,4	8,3	55,0	9,8
367	16,4	231	16,4	300	19,8	40	13,8	371	16,2	69	25,5	46	18,7	49,8	15,2	95,3	17,0
240	2,9	46	3,3	43	2,8	3	1,0	79	3,5	33	12,1	11	4,5	13,4	4,1	20,6	3,7
341	100	1406	100	1514	100	290	100	2284	100	271	100	246	100	328,6	100	560,7	100

Tabelle 10
Wohnbevölkerung¹⁾ in den Bundesländern und Landesarbeitsamtsbezirken 1960 bis 1973
 (Jahresdurchschnitte)

Bundesländer, Landesarbeitsamtsbezirke	1960	1970	1971 ²⁾	1972 ³⁾	1973 ³⁾	1971 ²⁾	1972 ³⁾	1973 ³⁾
	– in Tausend –					Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
Schleswig-Holstein	2 294	2 494	2 530	2 554	2 565	+ 1,4	+ 0,9	+ 0,4
Hamburg	1 825	1 794	1 789	1 775	1 756	- 0,3	- 0,8	- 1,1
Schleswig-Holstein/Hamburg	4 119	4 288	4 319	4 329	4 321	+ 0,7	+ 0,2	- 0,2
Niedersachsen	6 537	7 082	7 155	7 199	7 212	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,2
Bremen	694	723	738	736	735	+ 2,1	- 0,3	- 0,1
Niedersachsen/Bremen	7 231	7 805	7 893	7 935	7 947	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,2
Nordrhein-Westfalen	15 704	16 914	17 072	17 160	17 189	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,2
Hessen	4 727	5 382	5 462	5 511	5 541	+ 1,5	+ 0,9	+ 0,5
Rheinland-Pfalz	3 384	3 645	3 671	3 685	3 691	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,2
Saarland	1 049	1 120	1 122	1 121	1 119	+ 0,3	- 0,1	- 0,2
Rheinland-Pfalz/Saarland	4 433	4 765	4 793	4 806	4 810	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,1
Baden-Württemberg	7 618	8 895	9 014	9 117	9 175	+ 1,3	+ 1,1	+ 0,6
Nordbayern	4 461	4 826	4 861	4 878	4 883	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,1
Südbayern	4 943	5 653	5 771	5 859	5 914	+ 2,1	+ 1,5	+ 0,9
Bayern	9 404	10 479	10 632	10 738	10 797	+ 1,5	+ 1,0	+ 0,5
Berlin (West)	2 199	2 122	2 099	2 072	2 049	- 1,1	- 1,3	- 1,1
Bundesrepublik Deutschland	55 433	60 651	61 284	61 670	61 829	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,3

¹⁾ Einschließlich Wanderungen

²⁾ Vorläufig

³⁾ Schätzung

Quelle: Amtliche Statistiken

Tabelle 11
Erwerbspersonen (Potential) in den Bundesländern und Landesarbeitsamtsbezirken 1960 bis 1973
 (Jahresdurchschnitte)

Bundesländer, Landesarbeitsamtsbezirke	1960	1970 ¹⁾	1971 ²⁾	1972 ²⁾	1973 ²⁾	1971 ²⁾	1972 ²⁾	1973 ²⁾
	– in Tausend –					Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
Schleswig-Holstein	1 003	1 041	1 049	1 052	1 052	+ 0,8	+ 0,3	± 0
Hamburg	927	831	830	826	821	- 0,1	- 0,5	- 0,6
Schleswig-Holstein/Hamburg	1 930	1 872	1 879	1 878	1 873	+ 0,4	- 0,1	- 0,3
Niedersachsen	3 021	3 023	3 043	3 041	3 031	+ 0,7	- 0,1	- 0,3
Bremen	321	312	316	316	315	+ 1,3	± 0	- 0,3
Niedersachsen/Bremen	3 342	3 335	3 359	3 357	3 346	+ 0,7	- 0,1	- 0,3
Nordrhein-Westfalen	7 237	6 977	7 050	7 037	6 990	+ 1,0	- 0,2	- 0,7
Hessen	2 294	2 400	2 425	2 427	2 425	+ 1,0	+ 0,1	- 0,1
Rheinland-Pfalz	1 568	1 516	1 535	1 541	1 540	+ 1,3	+ 0,4	- 0,1
Saarland	435	409	418	421	419	+ 2,2	+ 0,7	- 0,5
Rheinland-Pfalz/Saarland	2 003	1 925	1 953	1 962	1 959	+ 1,5	+ 0,5	- 0,2
Baden-Württemberg	3 934	4 158	4 176	4 171	4 173	+ 0,4	- 0,1	+ 0,0
Nordbayern	2 162	2 213	2 221	2 218	2 220	+ 0,4	- 0,1	+ 0,1
Südbayern	2 453	2 714	2 726	2 731	2 732	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,0
Bayern	4 615	4 927	4 947	4 949	4 952	+ 0,4	+ 0,0	+ 0,1
Berlin (West)	1 076	963	954	938	924	- 0,9	- 1,7	- 1,5
Bundesrepublik Deutschland	26 435	26 557	26 744	26 717	26 640	+ 0,7	- 0,1	- 0,3

¹⁾ Vorläufig

²⁾ Schätzung

Quelle: Amtliche Statistiken und eigene Berechnungen

Tabelle 12
Erwerbsquoten¹⁾ in den Bundesländern und Landesarbeitsamtsbezirken 1960 bis 1973
 (Jahresdurchschnitte)

Bundesländer, Landesarbeitsamtsbezirke	1960	1970 ²⁾	1971 ³⁾	1972 ³⁾	1973 ³⁾	1971 ³⁾	1972 ³⁾	1973 ³⁾
	– Erwerbsquoten in % –					abs. Veränderung gegenüber Vorjahr		
Schleswig-Holstein	43,7	41,7	41,5	41,2	41,0	– 0,2	– 0,3	– 0,2
Hamburg	50,8	46,3	46,4	46,5	46,8	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3
Schleswig-Holstein/Hamburg	46,9	43,7	43,5	43,4	43,3	– 0,2	– 0,1	– 0,1
Niedersachsen	46,2	42,7	42,5	42,2	42,0	– 0,2	– 0,3	– 0,2
Bremen	46,3	43,2	42,8	42,9	42,9	– 0,4	+ 0,1	± 0
Niedersachsen/Bremen	46,2	42,7	42,6	42,3	42,1	– 0,1	– 0,3	– 0,2
Nordrhein-Westfalen	46,1	41,2	41,3	41,0	40,7	+ 0,1	– 0,3	– 0,3
Hessen	48,5	44,6	44,4	44,0	43,8	– 0,2	– 0,4	– 0,2
Rheinland-Pfalz	46,3	41,6	41,8	41,8	41,7	+ 0,2	± 0	– 0,1
Saarland	41,5	36,5	37,3	37,6	37,4	+ 0,8	+ 0,3	– 0,2
Rheinland-Pfalz/Saarland	45,2	40,4	40,7	40,8	40,7	+ 0,3	+ 0,1	– 0,1
Baden-Württemberg	51,6	46,7	46,3	45,7	45,5	– 0,4	– 0,6	– 0,2
Nordbayern	48,5	45,9	45,7	45,5	45,5	– 0,2	– 0,2	± 0
Südbayern	49,6	48,0	47,2	46,6	46,2	– 0,8	– 0,6	– 0,4
Bayern	49,1	47,0	46,5	46,1	45,9	– 0,5	– 0,4	– 0,2
Berlin (West)	48,9	45,4	45,5	45,3	45,1	+ 0,1	– 0,2	– 0,2
Bundesrepublik Deutschland	47,7	43,8	43,6	43,3	43,1	– 0,2	– 0,3	– 0,2

¹⁾ Für Inländer Potentialerwerbsquoten; aus statistischen Gründen bezogen auf die gesamte Wohnbevölkerung, nicht nur auf Personen über 14 Jahre wie in Tabelle 1

²⁾ Vorläufig

³⁾ Schätzung

Quelle: Amtliche Statistiken und eigene Berechnungen

Tabelle 13
Erwerbstätige (Inlandskonzept) in den Bundesländern und Landesarbeitsamtsbezirken 1960 bis 1973
 (Jahresdurchschnitte)

Bundesländer, Landesarbeitsamtsbezirke	1960	1970 ¹⁾	1971 ²⁾	1972 ²⁾	1973 ²⁾	1971 ²⁾	1972 ²⁾	1973 ²⁾
	– in Tausend –					Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
Schleswig-Holstein	894	957	960	955	964	+ 0,3	– 0,5	+ 0,9
Hamburg	975	944	940	930	932	– 0,4	– 1,1	+ 0,2
Schleswig-Holstein/Hamburg	1869	1901	1900	1885	1896	– 0,1	– 0,8	+ 0,6
Niedersachsen	2906	2903	2906	2880	2898	+ 0,1	– 0,9	+ 0,6
Bremen	397	364	366	362	365	+ 0,5	– 1,1	+ 0,8
Niedersachsen/Bremen	3304	3267	3272	3242	3263	+ 0,2	– 0,9	+ 0,6
Nordrhein-Westfalen	7043	6962	6991	6921	6940	+ 0,4	– 1,0	+ 0,3
Hessen	2243	2388	2400	2386	2405	+ 0,5	– 0,6	+ 0,8
Rheinland-Pfalz	1468	1443	1454	1452	1465	+ 0,7	– 0,1	+ 0,9
Saarland	447	420	427	426	428	+ 1,7	– 0,2	+ 0,5
Rheinland-Pfalz/Saarland	1915	1863	1881	1878	1893	+ 1,0	– 0,2	+ 0,8
Baden-Württemberg	3858	4211	4208	4183	4215	– 0,1	– 0,6	+ 0,8
Nordbayern	2262	2180	2176	2164	2183	– 0,2	– 0,6	+ 0,9
Südbayern	2562	2682	2680	2673	2694	– 0,1	– 0,3	+ 0,8
Bayern	4824	4862	4856	4837	4877	– 0,2	– 0,4	+ 0,8
Berlin (West)	1029	954	939	915	911	– 1,6	– 2,5	– 0,5
Bundesrepublik Deutschland	26085	26408	26447	26247	26400	+ 0,1	– 0,8	+ 0,6

¹⁾ Vorläufig

²⁾ Schätzung

Quelle: Amtliche Statistiken und eigene Berechnungen

und Produktionsgüter- industrie			Investitionsgüterindustrie					Verbrauchsgüterindustrie					Nahrungs- und Genußmittelindustrie				
1971	1972 ²⁾	1973 ³⁾	1960	1970	1971	1972 ²⁾	1973 ³⁾	1960	1970	1971	1972 ²⁾	1973 ³⁾	1960	1970	1971	1972 ²⁾	1973 ³⁾
30,3	29,5	29	74,5	91,8	92,8	90,9	93	38,1	42,3	41,0	41,4	42	25,6	26,2	26,3	25,8	25
48,8	48,6	49	115,5	108,5	105,6	100,2	99	32,3	23,7	22,4	21,9	21	34,6	30,3	28,5	27,6	27
79,1	78,1	78	190,0	200,3	198,4	191,1	191	70,4	66,0	63,4	63,3	63	60,2	56,5	54,8	53,5	52
158,4	155,1	155	274,0	381,4	386,8	365,7	375	153,3	162,0	160,6	162,4	164	60,0	71,2	72,9	72,6	72
10,4	10,5	11	65,3	56,8	57,5	55,0	55	14,7	11,2	10,8	10,3	10	17,3	23,3	23,5	23,6	24
168,8	165,6	166	339,3	438,2	444,3	420,7	430	168,0	173,2	171,4	172,7	174	77,3	94,5	96,3	96,2	96
736,0	710,1	715	914,5	1041,9	1048,3	1024,9	1043	561,3	532,6	526,4	519,1	520	126,9	125,4	126,6	125,0	125
185,4	182,4	184	291,5	364,8	367,8	358,7	366	144,1	156,8	155,0	152,7	153	35,8	36,7	36,0	35,9	35
131,7	130,2	130	80,5	126,8	129,0	128,1	131	113,8	125,7	124,8	123,2	124	20,9	21,5	22,2	22,1	22
55,2	55,3	56	32,6	53,6	56,0	54,6	56	19,9	25,6	25,7	26,1	27	7,9	8,0	7,7	7,4	7
186,9	185,5	186	113,1	180,4	185,0	182,7	187	133,7	151,3	150,5	149,3	151	28,8	29,5	29,9	29,5	29
208,4	203,3	204	710,7	907,8	901,8	889,3	905	441,4	424,7	413,0	405,3	405	75,5	63,7	62,5	61,2	60
.
.
196,7	193,7	195	477,0	657,1	651,3	641,7	653	425,8	456,1	449,0	445,8	449	76,5	84,9	84,8	82,4	80
23,2	22,7	22	195,6	168,4	159,8	148,6	145	60,4	49,2	47,5	45,3	45	25,2	23,3	23,2	22,8	23
1 784,5	1 741,5	1 750	3 231,7	3 958,9	3 956,7	3 857,7	3 920	2 005,1	2 009,9	1 976,2	1 953,2	1 960	506,2	514,5	514,1	506,4	500

jeweiligen Vorjahreszeitraum in % -

- 1,5	- 2,6	- ½	-	-	+ 1,1	- 2,0	+ 2½	-	-	- 3,1	+ 1,0	+ 1	-	-	+ 0,5	- 1,5	- 1¼
- 0,2	- 0,4	+ 1	-	-	- 2,7	- 5,1	- 1	-	-	- 5,7	- 2,2	- 2	-	-	- 6,2	- 3,2	- 2
- 0,7	- 1,3	+ ½	-	-	- 0,9	- 3,7	- 0	-	-	- 4,0	- 0,2	+ 0	-	-	- 3,1	- 2,4	- 2
- 1,7	- 2,1	- 0	-	-	+ 1,4	- 5,5	+ 2½	-	-	- 0,9	+ 1,1	+ 1	-	-	+ 2,5	- 0,4	- ½
+ 1,0	+ 1,0	+ 1	-	-	+ 1,2	- 4,3	+ ½	-	-	- 4,1	- 4,6	- 1	-	-	+ 0,8	+ 0,4	+ 0
- 1,5	- 1,9	+ ½	-	-	+ 1,4	- 5,3	+ 2	-	-	- 1,1	+ 0,8	+ 1	-	-	+ 2,1	- 0,1	- ½
- 2,0	- 3,5	+ ½	-	-	+ 0,6	- 2,2	+ 2	-	-	- 1,1	- 1,4	+ 0	-	-	+ 0,9	- 1,3	- ½
- 0,8	- 1,6	+ 1	-	-	+ 0,8	- 2,5	+ 2	-	-	- 1,2	- 1,5	+ ½	-	-	- 2,2	- 0,3	- 2
- 0,6	- 1,1	+ 0	-	-	+ 1,6	- 0,7	+ 2½	-	-	- 0,7	- 1,3	+ ½	-	-	+ 3,0	- 0,5	- 1
+ 0,6	+ 0,2	+ ½	-	-	+ 4,5	- 2,5	+ 2	-	-	+ 0,3	+ 1,6	+ 2	-	-	- 2,5	- 3,9	- 2
- 0,2	- 0,7	+ ½	-	-	+ 2,5	- 1,2	+ 2½	-	-	- 0,5	- 0,8	+ 1	-	-	+ 1,5	- 1,3	- 1¼
- 2,0	- 2,4	+ ½	-	-	- 0,7	- 1,4	+ 2	-	-	- 2,7	- 1,9	- 0	-	-	- 1,8	- 2,1	- 2
.
.
- 0,1	- 1,5	+ 1	-	-	- 0,9	- 1,5	+ 2	-	-	- 1,6	- 0,7	+ ½	-	-	- 0,2	- 2,8	- 2¼
- 3,8	- 1,7	- 1	-	-	- 5,1	- 7,0	- 2½	-	-	- 3,4	- 4,6	- 1¼	-	-	- 0,5	- 1,7	- ½
- 1,4	- 2,4	+ ½	-	-	- 0,1	- 2,5	+ 1½	-	-	- 1,7	- 1,1	+ ½	-	-	- 0,1	- 1,5	- 1¼

Tabelle 15
Arbeitnehmer (Inlandskonzept) in den Bundesländern und Landesarbeitsamtsbezirken 1960 bis 1973
 (Jahresdurchschnitte)

Bundesländer, Landesarbeitsamtsbezirke	1960	1970 ¹⁾	1971 ²⁾	1972 ²⁾	1973 ²⁾	1971 ²⁾	1972 ²⁾	1973 ²⁾
	– in Tausend –					Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
Schleswig-Holstein	699	783	792	793	808	+ 1,1	+ 0,1	+ 1,9
Hamburg	858	852	851	845	850	- 0,1	- 0,7	+ 0,6
Schleswig-Holstein/Hamburg	1557	1635	1643	1638	1658	+ 0,5	- 0,3	+ 1,2
Niedersachsen	2125	2353	2383	2371	2399	+ 1,3	- 0,5	+ 1,2
Bremen	320	335	339	337	342	+ 1,2	- 0,5	+ 1,5
Niedersachsen/Bremen	2445	2688	2722	2708	2741	+ 1,3	- 0,5	+ 1,2
Nordrhein-Westfalen	5915	6136	6198	6168	6230	+ 1,0	- 0,5	+ 1,0
Hessen	1702	2029	2053	2054	2085	+ 1,2	+ 0,0	+ 1,5
Rheinland-Pfalz	1014	1144	1161	1163	1184	+ 1,5	+ 0,2	+ 1,8
Saarland	374	376	384	386	390	+ 2,1	+ 0,5	+ 1,0
Rheinland-Pfalz/Saarland	1388	1520	1545	1549	1574	+ 1,6	+ 0,3	+ 1,6
Baden-Württemberg	2998	3528	3550	3544	3600	+ 0,6	- 0,2	+ 1,6
Nordbayern	1484	1699	1713	1711	1740	+ 0,8	- 0,1	+ 1,7
Südbayern	1679	2081	2105	2112	2146	+ 1,2	+ 0,3	+ 1,6
Bayern	3163	3780	3818	3823	3886	+ 1,0	+ 0,1	+ 1,6
Berlin (West)	928	865	851	830	826	- 1,6	- 2,5	- 0,4
Bundesrepublik Deutschland	20097	22181	22380	22314	22600	+ 0,9	- 0,3	+ 1,3

¹⁾ Vorläufig

²⁾ Schätzung

Quelle: Eigene Berechnungen

Tabelle 16
Ausländische Arbeitnehmer in den Bundesländern und Landesarbeitsamtsbezirken 1960 bis 1973
 (Jahresdurchschnitte)

Bundesländer, Landesarbeitsamtsbezirke	1960	1970	1971	1972	1973 ¹⁾	1971	1972	1973 ¹⁾
	– in Tausend –					Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
Schleswig-Holstein	3	24	30	34	38	+ 25,0	+ 13,3	+ 11,8
Hamburg	8	46	62	65	69	+ 34,8	+ 4,8	+ 6,2
Schleswig-Holstein/Hamburg	11	70	92	99	107	+ 31,4	+ 7,6	+ 8,1
Niedersachsen	13	104	130	134	144	+ 25,0	+ 3,1	+ 7,5
Bremen	2	12	16	19	21	+ 33,3	+ 18,8	+ 10,5
Niedersachsen/Bremen	15	116	146	153	165	+ 25,9	+ 4,8	+ 7,8
Nordrhein-Westfalen	89	513	604	650	689	+ 17,7	+ 7,6	+ 6,0
Hessen	27	211	251	271	292	+ 19,0	+ 8,0	+ 7,7
Rheinland-Pfalz	10	57	68	75	82	+ 19,3	+ 10,3	+ 9,3
Saarland	11	21	26	29	31	+ 23,8	+ 11,5	+ 6,9
Rheinland-Pfalz/Saarland	21	78	94	105	113	+ 20,5	+ 11,7	+ 7,6
Baden-Württemberg	84	478	528	556	600	+ 10,5	+ 5,3	+ 7,9
Nordbayern	9	90	103	110	119	+ 14,4	+ 6,8	+ 8,1
Südbayern	31	195	238	261	281	+ 22,1	+ 9,7	+ 7,7
Bayern	40	285	341	371	400	+ 19,6	+ 8,8	+ 7,8
Berlin (West)	3	56	72	79	84	+ 28,6	+ 9,7	+ 6,3
Bundesrepublik Deutschland	290	1807	2128	2284	2450	+ 17,8	+ 7,3	+ 7,3

¹⁾ Schätzung

Quelle: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit

Tabelle 17
Ausländerquoten¹⁾ in den Bundesländern und Landesarbeitsamtsbezirken 1960 bis 1973
(Jahresdurchschnitte)

Bundesländer, Landesarbeitsamtsbezirke	1960	1970	1971	1972	1973 ²⁾	1971	1972	1973 ²⁾
	Ausländerquoten					abs. Veränderung gegenüber Vorjahr		
Schleswig-Holstein	0,5	3,1	3,8	4,3	4,7	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,4
Hamburg	0,9	5,4	7,3	7,7	8,1	+ 1,9	+ 0,4	+ 0,4
Schleswig-Holstein/Hamburg	0,7	4,3	5,6	6,0	6,5	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,5
Niedersachsen	0,6	4,4	5,5	5,7	6,0	+ 1,1	+ 0,2	+ 0,3
Bremen	0,7	3,6	4,7	5,6	6,1	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,5
Niedersachsen/Bremen	0,6	4,3	5,4	5,6	6,0	+ 1,1	+ 0,2	+ 0,4
Nordrhein-Westfalen	1,5	8,4	9,7	10,5	11,1	+ 1,3	+ 0,8	+ 0,6
Hessen	1,6	10,4	12,2	13,2	14,0	+ 1,8	+ 1,0	+ 0,8
Rheinland-Pfalz	1,0	5,0	5,9	6,4	6,9	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,5
Saarland	2,8	5,6	6,8	7,5	7,9	+ 1,2	+ 0,7	+ 0,4
Rheinland-Pfalz/Saarland	1,5	5,1	6,1	6,8	7,2	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,4
Baden-Württemberg	2,8	13,5	14,9	15,7	16,7	+ 1,4	+ 0,8	+ 1,0
Nordbayern	0,6	5,3	6,0	6,4	6,8	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,4
Südbayern	1,8	9,4	11,3	12,4	13,1	+ 1,9	+ 1,1	+ 0,7
Bayern	1,2	7,5	8,9	9,7	10,3	+ 1,4	+ 0,8	+ 0,6
Berlin (West)	0,3	6,5	8,5	9,5	10,2	+ 2,0	+ 1,0	+ 0,7
Bundesrepublik Deutschland	1,4	8,1	9,5	10,2	10,8	+ 1,4	+ 0,7	+ 0,6

¹⁾ Anteil ausländischer Arbeitnehmer an den Arbeitnehmern

²⁾ Schätzung

Quelle: Amtliche Statistiken der Bundesanstalt für Arbeit

Tabelle 18
Arbeitslose in den Bundesländern und Landesarbeitsamtsbezirken 1960 bis 1973
(Jahresdurchschnitte)

Bundesländer, Landesarbeitsamtsbezirke	1960	1970	1971	1972	1973 ¹⁾	1971	1972	1973 ¹⁾
	– in Tausend –					Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
Schleswig-Holstein	21	8	9	12	10	+ 12,5	+ 33,3	– 16,7
Hamburg	6	3	3	5	3	± 0	+ 66,7	– 40,0
Schleswig-Holstein/Hamburg	27	11	12	17	13	+ 9,1	+ 41,7	– 23,5
Niedersachsen	42	24	28	40	29	+ 16,7	+ 42,9	– 27,5
Bremen	5	3	4	6	4	+ 33,3	+ 50,0	– 33,3
Niedersachsen/Bremen	47	27	32	46	33	+ 18,5	+ 43,8	– 28,3
Nordrhein-Westfalen	54	37	48	73	54	+ 29,7	+ 52,1	– 26,0
Hessen	14	11	14	20	14	+ 27,3	+ 42,9	– 30,0
Rheinland-Pfalz	15	10	11	13	9	+ 10,0	+ 18,2	– 30,8
Saarland	3	4	4	6	5	± 0	+ 50,0	– 16,7
Rheinland-Pfalz/Saarland	18	14	15	19	13	+ 7,1	+ 26,7	– 31,6
Baden-Württemberg	9	8	13	16	10	+ 62,5	+ 23,1	– 37,5
Nordbayern	31	18	21	22	17	+ 16,7	+ 4,8	– 22,7
Südbayern	38	19	22	24	19	+ 15,8	+ 9,1	– 20,8
Bayern	69	37	43	46	36	+ 16,2	+ 7,0	– 21,7
Berlin (West)	33	5	7	11	7	+ 40,0	+ 57,1	– 36,4
Bundesrepublik Deutschland	271	149	185	246	180	+ 24,2	+ 33,0	– 26,8

¹⁾ Schätzung

Quelle: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit

Tabelle 19
Bruttoinlandsprodukt in den Bundesländern und Landesarbeitsamtsbezirken 1967 bis 1973

– in Preisen von 1962 –

Bundesländer, Landesarbeitsamtsbezirke	1960	1970 ¹⁾	1971 ¹⁾	1972 ²⁾	1973 ²⁾	1971 ¹⁾	1972 ²⁾	1973 ²⁾
	in Mrd. DM					Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
Schleswig-Holstein	10,7	17,0	17,8	18,4	19,4	+ 4,7	+ 3,4	+ 5,4
Hamburg	17,6	26,3	26,7	27,1	28,1	+ 1,5	+ 1,5	+ 3,7
Schleswig-Holstein/Hamburg	28,3	43,3	44,5	45,5	47,5	+ 2,8	+ 2,2	+ 4,4
Niedersachsen	34,1	52,6	54,5	56,0	59,0	+ 3,6	+ 2,8	+ 5,4
Bremen	5,6	8,0	8,3	8,5	9,0	+ 3,8	+ 2,4	+ 5,9
Niedersachsen/Bremen	39,7	60,6	62,8	64,5	68,0	+ 3,6	+ 2,7	+ 5,4
Nordrhein-Westfalen	99,9	151,3	153,2	156,8	163,7	+ 1,3	+ 2,4	+ 4,4
Hessen	28,0	47,9	49,4	51,0	53,9	+ 3,1	+ 3,2	+ 5,7
Rheinland-Pfalz	16,8	30,4	31,8	33,0	35,0	+ 4,6	+ 3,8	+ 6,0
Saarland	6,0	8,0	8,6	8,9	9,2	+ 7,5	+ 3,5	+ 4,0
Rheinland-Pfalz/Saarland	22,8	38,4	40,4	41,9	44,2	+ 5,2	+ 3,7	+ 5,5
Baden-Württemberg	46,9	80,0	82,4	85,1	89,5	+ 3,0	+ 3,3	+ 5,3
Nordbayern ²⁾	22,4	38,0	39,0	40,3	42,4	+ 2,6	+ 3,3	+ 5,2
Südbayern ²⁾	27,4	51,2	53,1	55,0	57,9	+ 3,7	+ 3,7	+ 5,3
Bayern	49,8	89,2	92,1	95,3	100,3	+ 3,3	+ 3,5	+ 5,2
Berlin (West)	13,4	19,9	20,2	20,6	21,5	+ 1,5	+ 2,0	+ 4,5
Bundesrepublik Deutschland	328,6	530,6	545,0	560,7	588,7	+ 2,7	+ 2,9	+ 5,0

¹⁾ Vorläufig

²⁾ Schätzung

Quelle: Amtliche Statistiken

Tabelle 20
Entwicklung der Produktivität¹⁾ in den Bundesländern und Landesarbeitsamtsbezirken 1971 bis 1973

Bundesländer, Landesarbeitsamtsbezirke	1971 ²⁾	1972 ²⁾	1973 ²⁾
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
Schleswig-Holstein	+ 4,4	+ 3,9	+ 4,4
Hamburg	+ 2,0	+ 2,6	+ 3,5
Schleswig-Holstein/Hamburg	+ 2,8	+ 3,1	+ 3,8
Niedersachsen	+ 3,5	+ 3,7	+ 4,7
Bremen	+ 3,2	+ 3,5	+ 5,0
Niedersachsen/Bremen	+ 3,5	+ 3,7	+ 4,7
Nordrhein-Westfalen	+ 0,8	+ 3,4	+ 4,1
Hessen	+ 2,6	+ 3,8	+ 4,9
Rheinland-Pfalz	+ 3,8	+ 3,9	+ 5,1
Saarland	+ 5,7	+ 3,7	+ 2,9
Rheinland-Pfalz/Saarland	+ 4,2	+ 3,9	+ 4,7
Baden-Württemberg	+ 3,1	+ 3,9	+ 4,5
Nordbayern	+ 2,8	+ 3,9	+ 4,3
Südbayern	+ 3,8	+ 3,9	+ 4,5
Bayern	+ 3,4	+ 3,9	+ 4,4
Berlin (West)	+ 3,1	+ 4,7	+ 4,8
Bundesrepublik Deutschland	+ 2,6	+ 3,7	+ 4,4

¹⁾ Reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen

²⁾ Schätzung

Quelle: Amtliche Statistiken